

Arbeiter-Zeitung

Montag, 20. April 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 75

**Sport heute:
vom Sonntag!**

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, 2. Etage.
Telefon 430 02. Redaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50.
Telefon 430 02. Geschäftszeit der Redaktion von 12-18 Uhr.
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion:
Breslau, Linnich 6, Telefon 23 84. Geschäftszeit von 8-12 Uhr.
Verlagsort: Gumbelbergstraße Breslau. Verlag: Schließke Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Gottschalk“ AG, Fil. Breslau, Kreuzberger Straße 50. Telefon 484 84.

Polizei Blutbad in Hamm

3 Tote, 4 Schwerverletzte

Polizeiattacken auf Kommunisten

Berlin, 20. April. (Eig. Drahtbericht.)

In Hamm in Westfalen kam es gestern anlässlich einer Demonstration der kommunistischen Partei zum Massengrab der im März 1920 im Ruhrkampf gefallenen Arbeiter zu einem brutalen Überfall der Polizei auf die demonstrierenden Massen, wobei die Polizei drei Arbeiter getötet und vier schwer verletzt hat. Die kommunistische Partei hatte zu dieser Kundgebung aufgerufen, und tausende Arbeiter waren dem Ruf gefolgt. Als die Demonstration in das Gebiet der Nachbarschaft Peltum einmarschierte, versuchte die Polizei, die Demonstrationen auseinanderzuschlagen. Die empörten Arbeiter verlangten nun, daß eine größere Abordnung der Demonstranten als Kranzdelegation zu dem Massengrab marschieren soll. Da stürmte plötzlich die Polizei in den Demonstrationenzug und prügelte die Arbeiter mit Gummiknüppeln nieder. Einige Beamte schossen sofort blindlings in die Menge, und drei tote und vier schwerverletzte Arbeiter sind das Resultat des polizeilichen Überfalls.

Schon die Tatsache, daß die Demonstration in Hamm erlaubt, im Peltumer Gebiet aber verboten war, zeigt, daß der Polizeiüberfall planmäßig angelegt und vorbereitet war. Neben Polizeidirektionen war bekannt, daß die Demonstration zu dem Massengrab der Märzopfer gehen sollte. Ein Grund zu diesem Überfall war also nicht vorhanden. Es ist selbstverständlich, daß die gesamte bürgerliche Presse versucht, den demonstrierenden Arbeitern die Schuld zuzuschreiben. Sie verbreitet die Nachricht, daß die Arbeiter die Polizeibeamten angegriffen hätten. Aber wer denkt da nicht an die vielen Polizeiüberfälle in allen Städten Deutschlands, bei denen regelmäßig Arbeiter die Opfer waren, wer denkt da nicht

an den 1. Mai 1929, an dem 33 Arbeiter und Arbeiterfrauen in ihren Wohnungen von der Zöggele-Polizei hingerichtet wurden und nicht ein einziger Polizeibeamter auch nur verletzt war. Auch das hat die Polizei in ihren Berichten von den „angreifenden Arbeitern“ geschrieben. Die Behauptung, daß die Arbeiter die Polizei angegriffen hätten, ist also nichts als ein frecher Schwindel, um den Mord an drei Arbeitern zu vertuschen. Eine Welle des Protestes, ein Sturm der Empörung muß durch die Arbeiterschaft gehen. Fort mit der Rotverordnung, fort mit den Diktaturgesetzen gegen die Arbeiterschaft, fort mit der Regierung des Hungers und Faschismus!

**Massenprotest gegen den Arbeitermord!
Schließt die Front! Bildet Mai-Komitees!**

Rüstet zum Massenstreik und Kampfaufmarsch am 1. Mai!

Alle Roten Betriebsräte der I. G.-Farben gemäßregelt

Frankfurt a. M., 19. April. Sämtliche roten Betriebsräte des höchsten Farbwerkes sind wegen „Spionageverdacht“ fristlos entlassen worden. Außer den sieben in Betracht kommenden Räten sind weitere 16 Arbeiter, die sich um die revolutionäre Organisation der Chemiarbeiter verdient gemacht haben, aufs Pflaster geworfen worden. Das Ungeheuerlichste ist: die Reformisten und Christen im Arbeiter- und Betriebsrat haben die Zustimmung zu allen diesen Entlassungen gegeben.

Wir haben in den letzten Tagen schon wiederholt aufgezeigt, zu welchem wahren Zwecke die Hege wegen der „RSD-Spionage“ entlassen wird und konnten die bürgerlichen Zeitungen zitieren, die ein Verbot der RSD und SPD und die fristlose Entlassung aller Roten Betriebsräte fordern. Jetzt meldet sich auch Herr Eugen Bergmann zum Wort. In einem von seinem Telegraphenbüro für die Provinzpresse geschriebenen Artikel heißt es:

„Ist die Klotie steht? Ihr Fabrikarbeiterverbandssekretär sitzt im Aufsichtsrat von I.G.-Farben und bezieht dort schweres Geld, zieht also aus der Ausbeutung der Proleten seinen Profit. Das spricht ja wohl Sünde und macht erklärlich, warum für die

„Es genügt daher nicht mehr, daß die erappten Werkspione erappt werden, wie es auch nicht genügt, ihre Drahtzieher mittelbar oder unmittelbar zu verwarnen. Vielmehr kommt es darauf an, die Organisation für Werkspionage, also die rote Gewerkschaftsopposition selbst zu zerschlagen, um so jede Möglichkeit zu verhindern, daß sich weiter auch in anderen Betrieben Werkspione einnisten.“

Eugen Bergmann enthüllt hier, was mit der erbärmlichen Spionagehege geplant ist, deren Auswirkung die Verhaftung der Genossen Sieffen und Dienstbach wegen angeblichen Erwerbs der I.G.-Fabrikationsgeheimnisse für die Sowjetunion ist. Zwei Fliegen sollen mit einer Klappe geschlagen und neben einer neuen Hege gegen die Sowjetunion gleichzeitig die RSD zur Strecke gebracht werden.

Diese Spionagehege ist ein niedriges Komplott. Ein Komplott, bei dem die Sozialfaschisten und die Herren des größten europäischen Truffs nicht einmal mit verteilten Rollen ihr schändliches Spiel betreiben. Sie alle sind sich im Weg und Ziel einig: Kampf gegen die Sowjetunion! Kampf gegen die RSD!

Diese Schande muß für alle Zeiten festgehalten werden, daß sozialdemokratische und christliche Funktionäre sich mit den Willkürakten der Scharfmacher gegen brave und aufrechte Arbeiter einverstanden erklären, sie billigen, sie mitmachen, ja, aktiv sich an der Ausrottung der RSD im Betrieb beteiligen. Ist es nun klar, auf welcher Seite der Barrikaden die Sozialdemo-

kratie steht? Rölln, 19. April. (Eigene Meldung.) Der Kassener Oberstaatsanwalt hat eine Bekanntmachung erlassen, in der er eine Belohnung aussetzt für die Namhaftmachung desjenigen, der auf der Grube Schweiler Reserve Dynamitpatronen verfertigt habe, „woburd die Katastrophe am 21. Februar wahrscheinlich entstand“.

Der erste Kongreß des Kampfbundes gegen den Faschismus

Gestern tagte in Breslau der erste schlesische Kongreß des Kampfbundes gegen den Faschismus. Der Kongreß wurde am Sonnabendabend mit einer gewaltigen Kundgebung im Lunapark eröffnet. Die Kundgebung, die außerordentlich stark besucht war, und in der eine glänzende Stimmung herrschte, war ein verheißungsvoller Auftakt zu dem am Sonntag früh beginnenden Kongreß. Die gute Kampfstimmung des Sonnabends übertrug sich auch auf den Kongreß und kam in der intensiven Arbeit, in der großen Aufmerksamkeit aller Delegierten und in dem guten Niveau der politischen Diskussion zum Ausdruck. Wir bringen im Inneren des Blattes einen genauen Bericht des Kongreßtagungs.

SPD., diese ausgesprochene Korruptionspartei, die Sache der Unternehmer ihre eigene ist.

Man muß wissen, daß gerade die letzten Betriebsräte wahlen in den vergangenen Wochen auch in den Betrieben der I.G.-Farbenindustrie einen überwältigenden Vormarsch der revolutionären Gewerkschaftsopposition zeitigten.

Und damit jeder weiß, warum es wirklich geht (nämlich nicht um jene Geheimnisse, die zum großen Teil schon längst von den „nationalen“ Herren an den französischen „Erbsind“ für gutes bares Geld veräußert wurden), läßt Herr Eugen Bergmann die Kasse aus dem Sack: „Es kommt darauf an, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu zerschlagen!“

Wenn Eugen Bergmann die RSD zerschlagen will, wenn die SPD-Führer dasselbe Ziel wie der deutschnationale Führer und die Chemiewillkür haben, dann müssen die Arbeiter mit dem Masseneintritt in die RSD antworten, dann müssen sie angehts des vom „Vorwärts“ bis zum „Angriff“ gemeinsam angestimmten Verleumdungsgeheults zur kommunistischen Partei und mit ihr gehen!

Nazi-Arbeitermörder freigesprochen

Ein empörendes „Urteil“ gegen den Mörder des Jungarbeiters Nathan

Berlin. Ein aufreizendes und die gesamte Arbeiteröffentlichkeit herausforderndes Urteil fällt vorgestern das Schwurgericht beim Berliner Amtsgericht II gegen den Mörder des Jungarbeiters Nathan, der von dem Nazibanditen Runge nach wohlüberlegtem provokatorischem Plan niedergeschossen wurde. Der faschistische Mörder wurde von der Anklage des Totschlages freigesprochen, da er angeblich in „Notwehr“ gehandelt habe, und lediglich wegen unbefugten Waffengebrauchs zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Herrliche Zeiten für faschistische Arbeitermörder! Da lauern sie mordlustern im dunklen Hinterhalt, den Dolch gezückt und den Revolver entstickt, um unbewaffneten, ahnungslosen Arbeitern das lebbringende Eisen in den Rücken zu jagen. Weit in die Hunderte geht die Zahl der auf diese Weise feige niedergestreckten Proletarier. Aber auch nicht eine dieser systematisch geschürten Mordtaten der Hakenkreuzler und Stahlhelmbanden hat ihre Sühne gefunden.

Das hohnvolle „Urteil“ gegen den Mörder des Jungarbeiters Nathan muß unter den werktätigen Massen einen Sturm der Empörung und des Protestes entfachen. In den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Versammlungen muß zu dieser Herausforderung der Klassenjustiz Stellung genommen, müssen Protestentscheidungen gefaßt werden, müssen die Massen zum verstärkten Kampf gegen die kapitalistische Klassenjustiz, gegen den faschistischen Mordterror gegen die faschistische Diktaturverordnung mobilisiert werden.

„Schweiler-Dynamit“

Dieser Bekannmachung voraus ging eine Gerichtsverhandlung in Düren gegen einen kommunistischen Kumpel, der wegen seines mannhaften Eintretens für die RSD auf Schweiler Reserve gemäßregelt wurde. Der als Zeuge vernommene Landjäger sagte aus, daß dieser Bergmann am Unglückstage sich „widerrechtlich“ im Jagengebiet „Reserve“ umhergetrieben (!) habe.

Diese vage, abernichtsartige Behauptung genügt der bürgerlichen Presse, um die wüste Hege gegen die Kommunisten zu verstärken und zu behaupten, daß die Schweiler Katastrophe von Kommunisten verursacht worden sei. Wir haben ja volles Verständnis für die edle Absicht der Journale, das übervolle Schuldkonto der Direktoren von „Schweiler Reserve“ zu entlasten und die kommunistischen Ankläger zu Angeklagten zu machen. Leider geht das nicht so einfach, denn auf der Grube war eine Schlagwetterexplosion, nicht durch Dynamitpatronen, sondern durch die giftigen Gase verursacht, deren Explosion durch die völlig ungenügende Abdichtung der Höhlräume entstand, in denen sich die Gase befanden.

Aber welches Maß von Gefährlichkeit und Abgebrühtheit gehört zu dieser verlogenen Hege, deren Urheber sehr wohl bekannt ist, wieviele kommunistische Bergleute durch die Katastrophe selbst zu Tode gekommen oder zu Schwerverletzten geworden sind!

Von Magdeburg bis Leipzig

Zum kommenden Parteitag der Sozialdemokratie

„Wir werden genötigt sein, den jeweiligen Verhältnissen Rechnung zu tragen.“ Mit diesen Worten zeichnete Herr Rudolf Breitscheid, mit „staatsmännischer“ Flüssigkeit am Rednerpult des Magdeburger Parteitages stehend, am 30. Mai 1929 die Politik der Sozialdemokratie. Die versammelte Schar von Parteipräsidenten, von großen und mittleren Staatsfründern, von Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokraten hob zustimmend ihre Hand. Der Weg der SPD. von Magdeburg bis Leipzig, die vergangenen zwei Jahre politischer Entwicklung in Deutschland haben aufreizend deutlich bewiesen, daß die Führer des Sozialsozialismus a l l e n, aber auch allen „Verhältnissen“ im Interesse der herrschenden Bourgeoisie Rechnung getragen haben.

Magdeburg tagte drei Wochen nach Jörgiebls Berliner Blutmai, dem ewig schmachvollen Zeugnis der Vertommenheit jener Partei, an deren Wiege die großen Namen von Karl Marx und Friedrich Engels in die Geschichte eingezeichnet sind. Auf dem Magdeburger Parteitag fiel nicht ein Wort über den Blutmai. Die sozialfaschistischen Staatsmänner der Trustrepublik, die amtierenden und ehemaligen Minister, paradierten. Sie beschloßen das sozialimperialistische Wehrprogramm, billigten das Preußenkonkordat, versprachen öffentlich die Herabsetzung der Besteuerungen, hatten im Parteiauschuß jede öffentliche Erörterung des Berliner Blutmai verboten, spotteten über die feige, unkonsequente Opposition der „Linken“ und befalligten freundlich ihren Uebergang von der prinzipiellen Ablehnung der Koalitionspolitik zur „bebingten“ Koalitionspolitik. Diese Ergebnisse des Magdeburger Parteitages enthalten im Keim alle jene späteren ungeheuerlichen Schandtatzen, die als giftige Wülsten am Baume des Sozialfaschismus wuchsen.

Magdeburg stand schon im Schatten der beginnenden Wirtschaftskrise, einer großen Zuspitzung des Klassenkampfes. Unter den Fußtritt ihrer kapitalistischen Auftraggeber mußten sich die sozialdemokratischen Führer bereit machen, immer volksfeindlichere Aufträge, immer tollere Unterdrückungs- und Ausbeutungsmassnahmen gegen das werktätige Volk durchzuführen. So rutschte schon auf dem Magdeburger Parteitag das Gebete von der „Wirtschaftsdemokratie“ stark in den Hintergrund. Hilferdings Kieler Offenbarungen, daß der „organisierte Kapitalismus“ der Riesenkonzerne und Trusts schon „ein Stück Sozialismus“ sei, verklang hinter den wachsenden Schwirrigkeiten bei der Durchführung der Koalitionspolitik im Reich. Herr Hilferding ergänzte auf dem Magdeburger Parteitag Breitscheids Erklärungen mit der Proklamation, die Teilnahme an der Koalitionsregierung sei das „dauernde und bleibende Klasseninteresse des Proletariats“, um dessen willen man „unter dem Zwange des Tages manchmal einen Schritt zurückgehen“ müsse.

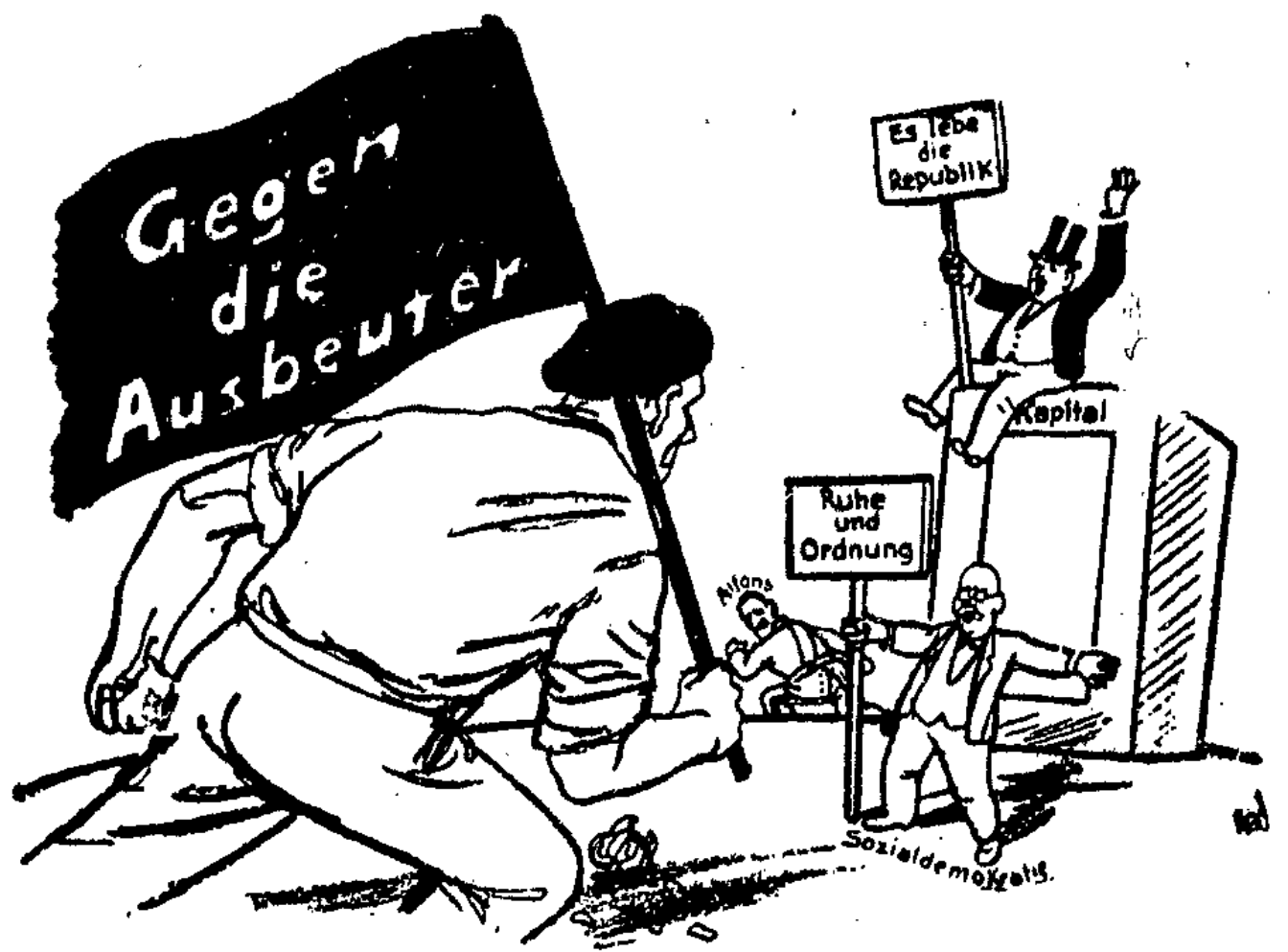
Hilferding fiel ein halbes Jahr später vom dreieck angebeteten Ministerstempel. Hermann Müller erhielt den Fußtritt der kapitalistischen Koalitionspartner. Herr Severing, der sich gerade noch bei der Verabschiedung des Republikstuhlgelbes in der Pose eines Mächtegarn-Bismarcks dem Volk zeigte, flog sich hinterher. Aber die deutsche Sozialdemokratie trug auch außerhalb der Regierung den jeweiligen Verhältnissen, den jeweiligen Wünschen der Bourgeoisie Rechnung. So oft das große Kommando aus den Reihen der Herren Generaldirektoren erschallte, war die durch hunderte Tausende von großen und kleinen Völkern mit dem Staatsapparat des Trustkapitals verbundene, mit dem ganzen herrschenden System verwahnte Sozialdemokratie hündisch, unterwürfig, knechtlich zur Stelle.

Alles ging ihr dabei vor die Hunde in der krisenhaften Erklärung des kapitalistischen Systems und in der anwachsenden revolutionären Gegenbewegung der Massen unter der Führung der kommunistischen Partei. Alle sozialdemokratischen Theorien von der „Wirtschaftsdemokratie“, vom „Stück Sozialismus“ zerfielen in der faschistischen Entwicklung und in der sich entzündenden kapitalistischen Anarchie. Geblieben ist die „Realpolitik“ der willig erhobenen Hände der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für den schwarzen Nationalismus Brünings und die Ueberfallslücher der sozialdemokratischen Polizeikommandeure in Deutschland. Gekommen aber ist in dieser Zeit — entgegen den tausendfältigen Verleumdungen der SPD. — der begeisterte Triumph der sozialistischen Planwirtschaft unter Stalins bolschewistischer Führung in der Sowjetunion.

In einer Kundgebung der Magdeburger revolutionären Arbeiter beim Abschluß des SPD.-Parteitages sagte unser Genosse Hermann Kemmle voraus: „Je reaktionärer, je brutaler der Sozialfaschismus wird, desto mehr kommen die Arbeiter zur kommunistischen Partei.“ Am 14. September 1930 nahm die kommunistische Partei den Polizei- und Panzerkreuzer Sozialisten eine Million Arbeiterwähler ab. Der eiserne Gang des Klassenkampfes, die marxistische revolutionäre Politik der Kommunisten schlugen diese Bresche in das Gebäude einer Partei, das morsch geworden war — in eine Partei, die noch jede ihrer eigenen Versprechungen „im Zwange des Tages“ mit Füßen getreten und noch in jeder ihrer theoretischen Vorlesungen Bankrott gemacht hatte. Und doch war der 14. September erst das erste sichtbare Signal des unvermeidlichen Niederganges der Sozialdemokratie bei der weiteren und noch brutaleren Durchführung ihrer immer mehr faschistischen Politik.

Am 18. Oktober 1930 gab die Sozialdemokratie der Regierung des Artikels 48, der Regierung der faschistischen Diktaturverordnungen, der Regierung des schwarzen Kanzlers Brüning ein offenes Vertrauensvotum. Sie wiederholte diese Vertrauensabstimmung für Brüning im Dezember und Februar. Sie erniedrigte sich, für die aus dem Reichstag ausziehenden Nazis offen als Ersatzreserve einzuliegen, um für die Kapitalisten die alte volksfeindliche Mehrheit zu sichern. Kein „kleineres Uebel“ war ihr schlimm genug, keine „Notverordnung“ und kein Polizeiterror zu faschistisch, als daß sie nicht unter der Flagge des Kampfes „gegen“ den Faschismus dafür gewesen wäre. Als jeder Tag der weiteren Zügelung des Reichstages zu einem öffentlichen Pranger für die Partei des Panzerkreuzers, des Polizeiknüppels, der Millionengeldente an die Millionäre und der Youngausbeutung wurde, da schlug sie den Falk mit Brüning, das Parlament auf sechs Monate zu verjagen und den Artikel 48 als eigentlichen Sinn der ganzen Verfassung zu verfluchen. Selbst die „demokratische“ Kulisse der Ausbeuterherrschaft ist heute schon für die Sozialdemokratie unentzählich geworden. Diese Tatsache zeigt, wie weit ihre Verfassung mit dem faschistisch-diktatorischen Regime verträglich ist. Das Auftreten der sozialdemokratischen Gewer-

Spanien 1931



Landtagsneuwahlen in Preußen?

Angst vor der Radikalisierung der Volksmassen — Ein Liebesdienst für die Rechten

Die preussische Koalitionsregierung erwägt ernsthaft, den preussischen Landtag bereits im Sommer aufzulösen und im Herbst Neuwahlen zu veranstalten, obwohl oder gerade weil erst im Frühjahr 1932 die Wahlperiode des Landtages abschließt. „Der Deutsche“, das Organ Stegerwalds, nennt offen die Gründe und meint, „daß die Regierungsparteien im Herbst gute Chancen hätten, nach der wirtschaftlichen Belebung im Sommer. Im nächsten Frühjahr, nach einer vielleicht noch gesteigerten Arbeitslosigkeit im Winter, sei die Lage für sie weniger gut.“

Die Furcht vor dem Bolschewismus, vor dem tödlicheren weiteren Vormarsch der kommunistischen Partei, der nach einem neuen Glanzwinter natürlich besonders kümmerlich weitergehen würde, ist die Ursache für den Wunsch, die Wahlen schon im Herbst zu veranstalten. Das ist das eine.

Auf der anderen Seite wollen die Braun und Haepler-Nachköpfe den Nationalisten noch weiter entgegenkommen. Obwohl ihr durch das Volksbegehren eingeleiteter Volksentscheid nicht

die geringste Aussicht auf Annahme hat, will man ein Kompromiß mit ihnen abschließen, das einem regelrechten Liebesdienst für Eugen Berger-Sittler gleichkommt.

Schon im nächsten Frühjahr sind die Neuwahlen für den Reichspräsidenten, wobei die Rechte sich wieder auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen will. Wären gleichzeitig die Landtagsneuwahlen mit den Kämpfen der einzelnen Parteien auch der Rechten untereinander als natürliche Begleitererscheinung, so würde das auf die Reichspräsidentenwahlkampagne der Rechten hemmend wirken. So etwas wird doch kein guter schwarzrotgoldener Republikaner wollen.

Was uns anbelangt: mögen die Landtagswahlen im Herbst oder im kommenden Frühjahr sein, sie werden uns, die wir schon lange die Auflösung des Seevereinparlaments fordern, in jedem Fall ergeizt finden. Unsere Volksaktion gegen Verbot und Seeverein trägt vor, während und nach den Wahlkampagnen revolutionäre Aufklärung in die Massen und mobilisiert sie zum Kampf gegen die Reaktion in jeder Aufmachung.

5 1/2 Jahre Festung für Jungarbeiter

Weil sie Flugblätter an Polizeibeamte verteilt haben sollen

Leipzig, 18. April. (Eigener Bericht.) Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts, der eben erst den kommunistischen Parteisekretär Kollwitz wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu der unerhörten Strafe von 2 1/2 Jahren Festung verurteilt hatte, fällt heute ein neues Racheurteil gegen fünf Jungarbeiter aus Berlin und Strausberg. Sie waren angeklagt, Flugblätter an Polizeibeamte verteilt, bzw. sie ihnen durch die Post zugestellt zu haben, was nach den „Rechtsprinzipien der deutschen Republik als „Vorbereitung zum Hochverrat geahndet wird. Das Urteil lautete auf insgesamt 5 1/2 Jahre Festung. 3 Einzelnen erhielten die Angeklagten Albert Carow aus Strausberg 1 Jahr 3 Monate, Gustav Schulz aus Strausberg 8 Monate, Hans Schneider aus Herrnhart 8 Monate, Heinrich Stark und Ernst Koppke je 1 Jahr 6 Monate.

Abfall der Hitler-Jugend

Rußland-Spezialist der Nazis tritt wegen Hitlers Rußlandheße aus

Berlin, 18. April. (Eig. Bericht.) Stennes' Halbwochenblatt „Arbeiter, Bauern, Soldaten“ teilt mit, daß die Hitler-Jugend Wilhelm Rösler von Hitler abgefallen und zur Stennes-Gruppe gestoßen ist. Auch die Gefolgschaft Berlin-Süd sei fast geschlossen aus der Hitlerjugend ausgetreten. Aus dem Schlufappell „Recht Euch in die nationalsozialistische Kampfjugend!“ geht hervor, daß die Stennes-Gruppe eine eigene faschistische Jugendorganisation aufziehen will. Damit wäre die Hitler-Jugend jetzt schon in drei Organisationen zerfallen, da auch die Otto Straßer-Gruppe einen eigenen Jugendladen gegründet hat. Unterdessen wird die Zahl der Hitler-Jungen immer größer, die mit dem faschistischen Blunder aufträmen und zum kommunistischen Jugendverband fliehen.

Schäftsleiter als eine Bande von gelben Streifbrechern, die im Nordwest, im Ruhrbergbau und jetzt im Berliner Bauarbeiterstreik in enger Zusammenarbeit mit der Polizei den Streikbruch zur Ermöglichung des Lohnraubes führten, ist nur ein Teilergebnis dieser ganzen geschichtlichen Entwicklung der SPD.

Von Magdeburg nach Leipzig haben die „Linken“ SPD-Führer getreulich dem Parteivorstand Gefolgschaft geleistet und ihre Rolle, durch „radikale“ Redensarten die verbitterten Arbeitermitglieder immer wieder vor den Karren der Sozialdemokratie zu spannen, durchzuführen versucht. Aber sie können heute nicht mehr den „Linksabmarsch Hunderttausender“ verhindern. Sie können keine Mauern mehr bauen, die das Abströmen der gegen den Polizeisozialismus rebellierenden Jugend ins Lager des revolutionären Marxismus, in die Sturmreihen des Kommunismus dämpfen.

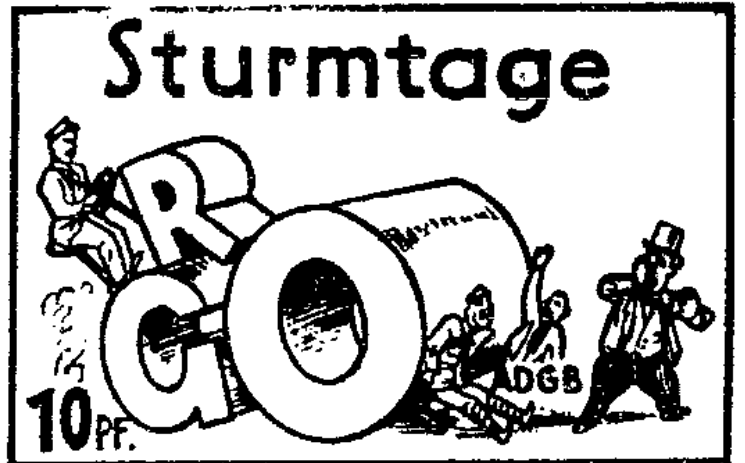
In Leipzig wird sich eine Partei der Zukunftslosigkeit versammeln. Was kann sie versprechen? Duldung und wohlwollende Unterstützung Brünings auch bei den neuen „Notverordnungen“, — und gleichzeitig hat sie nicht die geringste Garantie, daß nicht in wenigen Monaten die Finanzkapitalisten an Stelle des jetzigen sozialdemokratischen

Wie das Straßer-Organ „Die Deutsche Revolution“ mitteilt, ist der im Ulmer Reichswehrhoffizier-Prozess verurteilte Oberleutnant Wendt, eines der Hauptparadeoffiziere Hitlers, von ihm abgefallen und zur Straßer-Gruppe übergetreten.

Besonders interessant ist, daß der Rußland-Spezialist der Nazis, SA-Mann und Gauredner im Gebiet Berlin-Brandenburg-Anhalt, Otto Horn, wegen der „maßlosen Rußlandheße der Hitlerpartei“ diese verlassen hat.

Sturmarme der RGO.

Der rasche Aufstieg der RGO. im ganzen Reich stellt solche finanziellen Ansprüche an die Leitungen der RGO., denen sie vorerst auf Grund der einlaufenden normalen Mitgliederbeiträge nicht entsprechen kann. Aber die Arbeiter verlangen aus allen Teilen Deutschlands Propagandamaterial zu den aktuellen Fragen, das hergestellt werden muß und Geld kostet.



Das Reichskomitee der RGO. gibt deshalb eine 10 Pf. Marke heraus (nach dem obigen Bild), die mit zur Finanzierung des Ausbaus aller RGO.-Organisationen dienen soll. Diese Marke wird in allen Versammlungen während der Roten Tage der RGO. vertrieben. Alle Kassierer der Betriebs- und Erwerbslosengruppen bzw. der RGO.-Ortskomitees müssen die Marken sofort beim Bezirkskomitee bestellen.

Budels den ebenso gehoramen nationalsozialistischen Klaffen rufen.

Kampf gegen Lohnraub? Das Gegenteil: Angesichts der heranziehenden sozialen Kriege in Ruhr und Rhein, in Berlin und in Sachsen gegen die Lohnräuber, der anrollenden Kampfeswelle gegen den neuen Unterdrückungs- und Rentenabbau steht in Preußen Herr Severing als Polizeidirektor im Namen der Hindenburg und Brüning an der Spitze der Durchführung der „Notverordnungen“.

Sozialismus? Die Herren Polizeiknüppelpräsidenten, die Herren Staatsminister, die Herren Gewerkschafts- und Genossenschaftsbörsen dürfen noch nicht einmal das Wort auf die Lippen nehmen, wenn ihre kapitalistisch fundierten Thronchen nicht sofort ins Wanken geraten sollen.

Leipzig wird ein Parteitag der Sozialfaschismus werden. In Leipzig wird die Partei der Schänder und Zertrücker des Marxismus unermesslich in jeder Rede und in jedem Beschluß ihre ganze Volksfeindlichkeit, ihre innere Fäulnis und ihre volle Berechtigung, von jedem ehrlichen Klassenbewußten Arbeiter verachtet zu werden, weit hin sichtbar demon-

Breslau

Bettelsuppen sollen den Arbeitslosen helfen

Immer mehr steigt die Zahl der Arbeitslosen. Der herrschenden Klasse wird es langsam selbst unheimlich zumute. Die Vorgesprungen von Ministern oder Wirtschaftsführern, welche von einer Besserung der Wirtschaftslage reden, finden keinen Glauben mehr. Man beginnt in allen Kreisen der Herrschenden einzusehen, daß die Krise immer schlimmer wird. Man fürchtet aber auch, daß die grauen Kolonnen des Elends sich eines Tages in Bewegung setzen können, um sich das zu holen, was ihnen gehört. Da kommen dann jene „guten Damen“ der sogenannten besseren Gesellschaft und wollen uns Erwerbslosen helfen. In fast allen Großstädten hat man vor einiger Zeit „Aktionen“ für die Erwerbslosen eingeleitet, um ihnen einige Brosamen vom Tische der wohlgepflegten Bourgeoisie zukommen zu lassen.

Nam ist der Ruf: „Tara, tara, der Reichswehr-Heiderhammer ist da!“ verhallt, da hat man eine neue Idee erfunden. Unter der Firma: „Dienst an den Verdiensten der Armen“ hat man einen Laden aufgemacht, der Rettung bringen soll. Es wurde ein Arbeitsansatz gebildet, der unter dem Namen „Breslauer Volksnot“ die „Rettung“ durchführen soll. Es werden Leute, die noch nicht am Hungern sind, aufgefordert, einen wöchentlichen Zuschuß von 30 Pfennig zu leisten. Wenn 100 000 mal 30 Pfennig eingehen, will man dann 70—80 000 Portionen Essen lochen. „Gott, wie rührend“ könnte man fast ausrufen, wenn die Sache für uns Arbeitslose nicht zu ernst sein würde.

Über was soll diese „Rettungs“-Aktion? Nun, der Zweck ist sehr durchsichtig. Man will nach außen zeigen, daß die berühmte „christliche Nächstenliebe“ noch nicht erloschen ist, und so der verzweiflungsvollen Stimmung wehren, die sich immer tiefer einfrischt und so zu einer Gefahr empordrückt. Gewiß soll nicht bestritten werden, daß unter denen, die diese „Rettungs“-Aktion eingeleitet, der eine oder andere ist, dem es ehrlich um Hilfe für die Erwerbslosen geht. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß diese Hilfe in Wirklichkeit keine Hilfe ist, sondern sich in das Gegenteil wenden muß, wenn die Erwerbslosen sich durch diese Aktion verleiten lassen würden, von ihrem Kampfe abzulassen.

Die sich immer trostloser gestaltende Lage der Erwerbslosen erfordert aber nicht ein Nachlassen, sondern ein Verstärken der Kampffront. Vielmehr noch als bisher muß den Herrschenden und ihren Lakaien klar gemacht werden, daß sie keine Almosen, keine Bettelsuppen, sondern Arbeit haben wollen. Darum und nur darum geht es.

Kriegsopfer-Rundgebung

Zu einer Protestkundgebung gegen den bevorstehenden Rentenabbau hatte gestern der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Gau Schlesien, seine Mitglieder nach Breslau gerufen. An 6000 Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene aus Provinz und Breslau füllten den Zirkus Busch wie die Kämmelchen von Bräuer, Babitzstraße. Als Hauptredner behandelte Rechtsanwalt Wolffberg (Hamburg) nochmals die verschiedenen Etappen, die die Versorgung der Kriegsopfer bisher durchlaufen ist. Er mußte dabei feststellen, daß seit 1927 nicht mehr Ausbau, sondern Abbau Parole ist. Während in den letzten Jahren das Drum und Dran der Versorgung eingeschränkt bzw. beschnitten wurde, geht man jetzt daran, die Rentenbesätze direkt zu kürzen. Geplant ist der Ausschnitt der 30 und 40 Prozent Beschädigten oder eine generelle Kürzung aller Renten um 10 Prozent. Er beschwor die Regierung, von diesem Vorhaben abzulassen, denn das würde die jahrelange Arbeit des Reichsbundes, die darin bestand, die Mehrheit der Kriegsopfer zu „treuen Staatsbürgern“ zu erziehen, zunichte machen. Die Kriegsopfer würden dann aus der staatsbehaltenden Front ausbrechen und in das radikale Lager hinüberwechseln. Er empfahl der Regierung, wenn es schon nicht langt, dann doch lieber auf das Panzerkreuzerpielzeug zu verzichten und bei den hohen Einkommen die Steuerhauke anzuziehen, aber nicht dieses heiße Eisen anzufassen. Daß an dieser Gestaltung der Lage der Kriegsopfer die SPD. und damit auch die Führer des Reichsbundes die Hauptschuld haben, das verschwiegen der Redner. Er mußte das verschweigen, weil er dann sich selber hätte anklagen müssen. Und zwar nicht in bezug auf die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft, denn der Reichsbund denkt ja im Grunde genommen nicht daran, den Kriegsopfern zu helfen. Das

Letzter Akt im Staubsaugerprozeß

65 Jahre Gefängnis und 19 Jahre Zuchthaus am letzten Tage — Auch ein Prozeß der verfaulenden kapitalistischen Gesellschaft

Am Sonnabend ging der fast ein halbes Jahr währende sogenannte Staubsaugerprozeß zu Ende. In diesen sechs Monaten hat es im Gericht sehr oft Situationen gegeben, in denen sich nicht bloß der ganze Wahnsinn der kapitalistischen Gesellschaft offenbarte, sondern auch die Unfähigkeit der für den Riesenschwindel letzten Endes Verantwortlichen.

Wir haben einen Volkseigennützer, der Riesensummen kostet. Mag die Not des Volkes noch so groß sein. Am Volkseigentum wird nicht gespart. Im Gegenteil, es wird von Jahr zu Jahr größer. Das Heer der Gummitruppelarmee wird ebenso vermehrt wie die Krim. Aber die Aufgabe der Polizei, „Ordnung“ aufrechtzuerhalten, besteht so nur zu einem verschwindend geringen Teil darin, wirklichen Gaunern, Schwindlern und Betrügern das Handwerk zu legen oder zu verhindern, sondern die revolutionäre Arbeiterklasse zu beschämen, Demonstrationen zu überwachen und ähnliches mehr. Nur dadurch ist der Riesenschwindel möglich geworden. Nur so konnte sich gewissermaßen ein regelrechter Verein bilden und unter den Augen der Polizei den Schwindel en gros betreiben.

Nicht weniger als 260 Angeklagte gab es in diesem Prozeß. Am Sonnabend wurden gegen die 60 Hauptangeklagten 19 1/2 Jahre Zuchthaus und 62 Jahre Gefängnis erlassen. Zugänglich der bereits bei den Vorurteilen gegen die nicht so stark belasteten Angeklagten ausgesprochenen 30 1/2 Jahre Gefängnis, sind also gegen über 200 Angeklagte 92 1/2 Jahre Gefängnis verhängt worden. Die Zuchthausstrafen betreffen diejenigen Hauptschuldigen, die sich im Rückfall befanden. Es wurden folgende Haupturteile verhängt: Pietruschka 3 Jahre 9 Monate Zuchthaus und 47 1/2 Jahre Gefängnis, Walter Schulz 2 Jahre Zuchthaus und 150 Monate Gefängnis, Bauer 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, Peter Dziul, der am Tage der Strafanträge den Angriff gegen den Staatsanwalt ausübte, 2 Jahre 4 Monate Zuchthaus, Will Sonnenschein 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus und 150 Monate Gefängnis, Marcschal 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Will Thoen 1 Jahr 10 Monate Zuchthaus und 200 Monate Gefängnis, Sternik 1 Jahr 10 Monate Zuchthaus. Der Hauptführer des Konjunktums, Kaufmann Jakob Holländer, der nach der Urteilsbegründung besonders breite Betrügereien auf dem Gewissen hat, erhielt 4 Jahre Gefängnis. Die nächsthöhere Gefängnisstrafe traf den Kaufmann Leo Koch, der sich außer einer großen Zahl von Betrügereien auch der Amtsanmaßung und der Fälschung schuldig gemacht hatte, mit 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte Gerber, dessen betrügerisches Treiben man erst gegen Ende des Prozesses im vollen Umfange erkannte, wurde zu 3 Jahren Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich auch der „Kaufmann“ Helmut

Dingler. Bei ihm waren über 80 Betrugsabhandlungen zur Verhandlung gelangt. Dingler ist eine der dunkelsten Persönlichkeiten des Breslauer Betrügerkreises. Er besitzt eine Rekordliste in Freisprüche. Erst der Staubsaugerprozeß erhob die notwendigen Grundlagen, die endlich zu einer Verurteilung führen konnten. Das Urteil lautete auf 2 Jahre 2 Monate Gefängnis. Gegen die Angeklagten Willi Eichen, Helmut Dingler, Erich Gerber, Jakob Holländer, Walter Schulz und Kurt Walzgeburt wurden wegen dringenden Fluchtverdachts und wegen Verbunkelungsgefahr Haftbefehle erlassen. Die Verhaftung erfolgte sofort im Gerichtssaal.

Am letzten Tage des Prozesses war ein riesiges Aufgebot von Polizei- und Kriminalbeamten im Gerichtssaal, da man einen Tumult der Angeklagten erwartete. Es kam aber zu keinen Störungen. Die Verurteilten werden also ins Gefängnis und Zuchthaus wandern. Der Sensationsprozeß der „Staubsauger“ ist vorbei, aber ein anderer macht bereits wieder Breslau „berühmt“. Es ist der Riesenerbschaftsprozeß, der gegenwärtig für die Breslauer Justiz auf der Tagesordnung steht. Auch für diesen Prozeß trifft zu, was wir einleitend über den „Staubsaugerprozeß“ gesagt. Auch hier konnte monatelang ein Schwindel en gros betrieben werden, ohne daß Polizei und Justiz eingriff.

Gegenüber dem am Sonnabend zu Ende gegangenen Prozeß muß die bürgerliche Presse sogar feststellen, daß der Verlauf des selben gezeigt hat,

daß das Strafgesetzbuch und auch die Strafprozeßordnung gegenüber derartigen gewerbsmäßigen Betrügern versagt.

Gewerbsmäßigen Betrügern steht demnach die Justiz sogar machtlos gegenüber. Dieses Eingeständnis ist für uns nicht neu und nicht überraschend. Sagt nicht schon der Volksmund: Kleine Spitzhüben hängt man auf — die großen Gauner laufen frei herum.“ In einer Gesellschaftsordnung, die den Millionenraub am Volk durch die Geldjüde gewissermaßen gesetzlich verankert, kann es nicht anders sein. Auch der Millionenerbbschafts- und Betrügerprozeß wird daselbe Ergebnis haben. Nur ein Unterschied wird dabei zutage treten. Es sind gar fromme Leute, die in diesem Prozeß auf der Anklagebank sitzen. Sie wollten sogar die Kirche von ihrem Schwindel profitieren lassen. Es ist ein frommer gut katholischer Rechtsanwalt und sein Mitvorsteher ein ehemaliger Offizier, die im Vordergrund dieser Sensation stehen. Da wird der Ausgang sicher anders sein. Aber deshalb wird auch aus ihm hervorgehen der Beweis, daß solcher Schwindel und solcher Betrug die natürlichen Begleiterscheinungen des verfaulenden Kapitalismus sind.

bewies auch die gestrige Veranstaltung, die man, um einer Diskussion aus dem Wege zu gehen, als Kundgebung aufgemacht hatte. Mit einer nichtszagenden Protestentscheidung fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Wer hilft den Kindern?

Bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit beginnen wieder die Kinderwanderungen. Es fehlt den Kindern an den notwendigen Ausstattungsgegenständen: Rucksäcken, Tornikern, Feldtaschen, Brotbeuteln usw. Wir bitten die Breslauer Arbeiterkassen, uns solche Gegenstände zu überlassen, um den ärmeren Proletarierkindern die Möglichkeit zu geben, an diesen Wanderungen teilzunehmen.

Mitteilungen sind zu richten an die ZSH., Kindergruppe, Freiheitsstraße 2.

Rücksichtsloser Motorradfahrer

Breslau. Am Freitagabend überfuhr der Bädergelle B. auf der Babitzstraße in rasender Geschwindigkeit mit seinem Motorrad einen elfjährigen Schüler, der mit erheblichen Verletzungen liegen blieb. Ohne sich um Verletzten zu kümmern, fuhr er in noch verstärktem Tempo davon, um sich der Feststellung seiner Personellen zu entziehen. Ein raschfahrender Polizeibeamter, der von weitem den Vorfall beobachtet hatte, verlor die Kontrolle über sein Fahrzeug, doch wurde er von dem wilden Motorradfahrer angefahren, wobei das Fahrrad stark beschädigt wurde. Der Polizeibeamte konnte

sich nur durch schnelles Zurückspringen vor dem Ueberfahrenwerden bewahren. Einem Kraftwagenführer, der mit seinem Wagen die Verfolgung aufnahm, gelang es, B. einzuhaken und an die Unfallstelle zurückzuführen, worauf dieser verhaftet wurde.

Ein Mädchenschänder festgenommen

Breslau. Der Zimmermann Julius M. war bei einem Neubau in Pilsnitz als Wächter beschäftigt. Dabei hat er verschiedentlich Kinder, die um den Neubau herum Holz sammelten, an sich gelockt und sich an einem zehnjährigen Mädchen in schwerster Weise vergangen. M., der in volstem Umfange geständig ist, wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Wie der Hunger mordet

Mit 15 Jahren im den Tod
Rattenn. Am Freitag schied die kaum fünfzehnjährige Elisabeth Schubert auf dem hiesigen Bewaldschen Dominium freiwillig aus dem Leben. Grund zu dieser Verzweiflungstat dürften Nahrungssorgen in dieser Familie gewesen sein.

Mit fünfzehn Jahren „freiwillig“ in den Tod, weil Hunger in der Familie. Und die Wirkung solcher Keulenschläge in das Gesicht der kapitalistischen „Ordnung“ glaubt man mit Notverordnungen und Belagerungszustand abschwächen zu können. Vergessliche Mäße. Es wird unter solchen Schlägen doch zusammenbrechen.

Auf zur Schmiedebrücke!

Hören und sehen kostet nichts!

Alles für

10

Alles für

25

Alles für

45

Alles für

95

Wir bringen

Hunderte wichtige Artikel des täglichen Bedarfs
die Sie zu 4 Einheitspreisen ganz billig kaufen können.
Einheitspreise sind nichts Neues! Wenn Sie aber sehen werden,
was wir Ihnen zu diesen Preisen aufgedischt haben,
dann sagen Sie bestimmt:
Messow ist nicht zu schlagen!

Soll Kürten gelöpft werden?

Bemerkungen zur klassenmäßigen Behandlung von Sexualverbrechern

Von Felix Halle

Professor Felix Halle, auf dessen letztes hochachtbares Buch „Geschlechtsleben und Strafrecht“ wir wiederholt hingewiesen haben, hat der Vernehmung Kürten in offener und geschlossener Verhandlung beigewohnt. Auf unseren Wunsch sendet er uns folgenden Beitrag, in dem er sozialkritisch zu den Problemen vom marxistischen Standpunkt aus Stellung nimmt. Die Redaktion.

Was die Kriminalgeschichte lehrt

Wenn einem Verbrechen besonders schuldige Personen, wie Frauen und Kinder, zum Opfer fallen, so wird nicht nur bei den unmittelbar betroffenen Familien, sondern in der gesamten Bevölkerung, die ihren Lebensbedingungen nach damit rechnen muß, daß unter gewissen Umständen auch ihre Kinder und Angehörigen ein Opfer solcher Taten werden können, eine große Erregung ausgelöst. Die feudale und die bürgerliche Gesellschaft haben es verstanden, durch Aufstachelung des Vergeltungsinstinktes die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den sozialen Zusammenhängen, insbesondere von den sozialen Ursachen des Verbrechens, und der Möglichkeit eines Bevölkerungsschutzes nach proletarischen Gesichtspunkten abzulenken.

Dem Interesse des Proletariats entspricht es also, daß den Frauen und Kindern der proletarischen Klasse ein besserer Schutz zuteil wird, als ihn die bürgerliche Gesellschaft gewährt. Ein Blick in die jüngste Kriminalgeschichte zeigt, wie spät derart sozialgefährliche Individuen wie Schumann, Denke, Hartmann, Kürten entdeckt worden sind, obwohl Schumann wie auch Hartmann und Kürten jahrelang in staatlichen Anstalten gewesen sind, ohne daß ihre Gemeingefährlichkeit von den Organen dieses Staates erkannt wurde.

Das bürgerliche Strafrecht verlagert darum so auffällig hinsichtlich der Wirksamkeit des sozialen Schutzes u. a., weil es seinen Grundrissen nach von der Schuld des Einzelnen ausgeht, und weil sein gesamter Apparat: Polizei, Gericht und Strafvollstreckung auf die Abwälzung der gesellschaftlichen Verantwortung auf den Einzelnen eingestellt ist.

Die soziale Gefährlichkeit

Die Werttätigen nehmen als Maßstab ihre sozialen Verteidigungsmassnahmen, die soziale Gefährlichkeit. Zeigt ein Individuum im proletarischen Gemeinwesen einen so hohen Grad sozialer, gesellschaftsfeindlicher Betätigung, so wird gegen ihn das Höchstmögliche des sozialen Schutzes, die Erschießung, Anwendung finden. Gelangt aber eine Person wegen einer Gesetzesverletzung nach Beurteilung zu Freiheitsentziehung in eine Anstalt des proletarischen Staates, so wird alles geschehen, um dieselbe nach den modernsten Methoden der Medizin und Pädagogik zu bessern und dem Produktionsprozeß wieder einzuordnen. Wird aber die Unheilbarkeit erkannt, so erfolgt ihre Überweisung zur dauernden Internierung in eine psychiatrische Anstalt.

Der Fall Kürten zeigt auf das deutlichste, wie die Massnahmen des bürgerlichen Strafvollzuges gerade das Gegenteil von dem erreicht haben, was sie als ihr Ziel angeben, nämlich die Fesslung des Täters. Kürten hat überaus anschaulich gelehrt, wie er unter den barbarischen Disziplinarmassnahmen des bürgerlichen Strafvollzuges keine sadistischen Reaktionen, keinen Hang zur Grausamkeit wachsen ließ. Gewiß, Kürten gelangte bereits in den Strafvollzug als ein Opfer der sozialen Verhältnisse während seiner Jugend. Darüber hinaus waren auch die sozialen Verhältnisse seiner Eltern und Vorfahren für die Gestaltung seiner Persönlichkeit und Betätigung von Einfluß. Der Vater bereits war Säufzer und Krimineller. Aber was geschah von Seiten der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Organen, um dem sozialen Treiben des Kürten entgegenzutreten? Mit der Grausamkeit des Strafvollzuges steigerte man nur seine Veranlagung. Verständnisvolle Ärzte traten in der Lebensgeschichte Kürten überhaupt nicht in Erscheinung. Dagegen berichtet Kürten von einem überaus charakteristischen Vorfall mit Gefängnisgeistlichen. Ein jüngerer Geistlicher habe, so berichtet Kürten, in einer Art Ekstase die Fesseln des Kürten, der in einer Dunkelzelle lag, unter Tränen gelöst.

Unter dem Einfluß dieses Vorkommnisses habe ein älterer Geistlicher nicht nur die Verkürzung der Disziplinarkstrafe, sondern auch die vorzeitige Freilassung Kürten befürwortet. Kürten gab ohne weiteres zu, daß er die so wiedergewonnene Freiheit sofort zu neuen schweren Verbrechen benutzte. Das Schicksal der proletarischen Bevölkerung verlangt als Maßstab für die Freilassung ausschließlich die Heilung eines sozial Kranken im medizinischen Sinne. Der Anstaltsgeistliche mit seiner „moralischen Besserung“ wird dagegen wie im Sowjetrecht nicht nur für vollkommen entbehrlich angesehen, sondern sein verwirrender Einfluß sogar als schädlich betrachtet und ferngehalten.

Kürten ein Polizeivigilant?

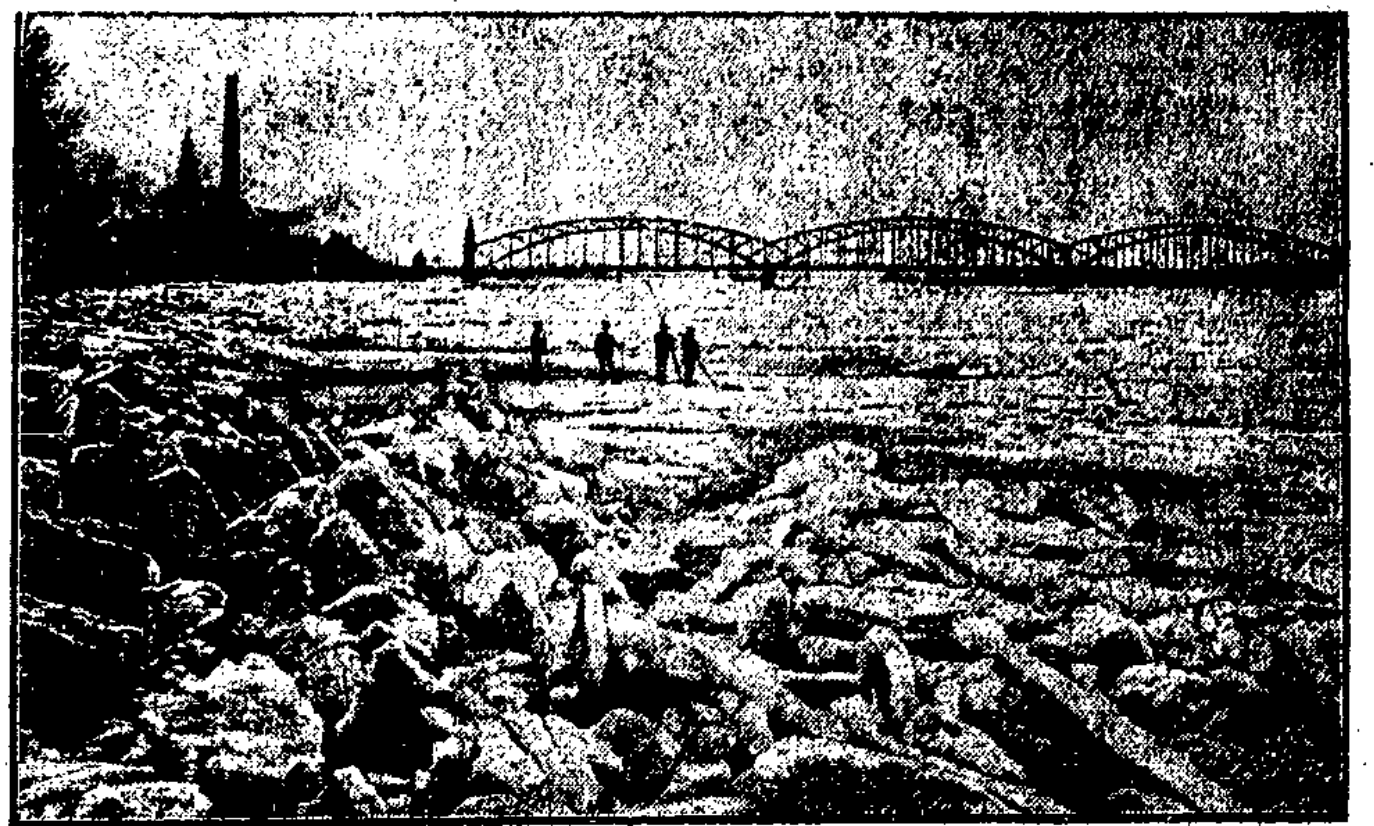
Nach seiner Freilassung konnte Kürten trotz seiner schweren Vorstrafen völlig unbelästigt durch die Polizei, deren angebliche Aufgabe es sein soll, Verbrechen zu verhindern, die schwersten Straftaten begehen. Eine Vermutung liegt nahe: Kürten, der nicht nur in der Anstalt sich mit Hilfe der Gefängnisgeistlichen Vergünstigungen zu verschaffen wußte, hatte es in langjähriger Praxis heraus, sich bei den Behörden „anzuschmiegen“. Seiner ganzen Vergangenheit, seinem raschfüßigen Charakter nach gehört er zu den Personen, aus denen sich die Vigilanten rekrutieren, deren sich die Polizei bedient, um auf ihre Art Verbrechen „aufzuzufahren“.

In der Verhandlung selbst ist bis jetzt die Frage, ob Kürten

der Polizei, sei es in bezug auf seine alte Tätigkeit als Wohnheimsleiter, sei es auf anderen Gebieten polizeilicher Betätigung, irgendwelche Dienste erwiesen hat, bezeichnenderweise nicht erörtert worden. Aber auffallend bleibt es, und durch seine Beförderung ist die Aufgabe aus der Welt zu schaffen, daß die Polizei höchst merkwürdigerweise bei ihren eingehenden Ermittlungen wegen der sich wiederholenden Verbrechen an Kürten vorübergegangen ist, trotzdem das Vorstrafenregister des Kürten nicht nur Diebstahl, sondern auch Heiratshindernis aufweist, und bei dieser Mannigfaltigkeit der Straftaten immerhin eine Untersuchung geboten war. Statt dessen biß sich die Polizei auf den schwachsinigen Fürsorgezögling Staußberg

Im April noch Treibeis

Trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit befindet sich auf der Memel bei Tilsit, wie unser Bild zeigt, immer noch Packeis



fest. Gleichfalls wurde die Frage nicht erörtert, ob der Verdacht gegen Staußberg der Polizei nicht von einem Vigilanten geliefert wurde, und ob dieser Vigilant nicht am Ende mit Kürten identisch ist.

Die Ergebnisse der Hauptverhandlung

Die Hauptverhandlung hat Kürten als einen ungemein gefährlichen Verbrecher erwiesen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß Kürten, trotzdem er von seinem trunksüchtigen Vater schwer belastet ist, eine ungewöhnliche Intelligenz, Schlagfertigkeit und Geistesgegenwärtigkeit besitzt. Seine Defekte wurzeln in seinem Triebleben. Seine Sozialität geht so weit, daß er sich das Recht zuspricht, zur Befriedigung seiner Triebe leben, der ihm in den Weg tritt, zu töten. Bei seinen Handlungen hat er zweifellos vorsätzlich und mit Ueberlegung gehandelt. Denn selbst, wenn man davon ausgeht, daß er die Taten in einem Zustande höchster Erregung vollbracht hat, seine Ueberlegungsfähigkeit war kurz darauf so wenig getrübt, daß er den Handtischen seiner Opfer kaltblütig die Uhren entnahm, mit der vollen Absicht, sie dem nächsten Opfer zwecks Anbahnung zu schenken.

Anders steht die Frage mit seiner Zurechnungsfähigkeit im Sinne des bürgerlichen Strafrechts. Das geltende Strafrecht verneint die Zurechnungsfähigkeit, wenn die „freie Willensbestimmung“ fehlt, eine Erläuterung, die mit der modernen

Forschung im Widerspruch steht. Im Sinne einer fortgeschrittenen medizinischen Wissenschaft ist Kürten zweifellos ein Sexualkranke. Das Urteil des bürgerlichen Massengerichts, wie es auch ausfallen mag, wird nicht das Rechtsgefühl der Volksmassen befriedigen. Die Todesstrafe in der Form der mittelalterlichen Hinrichtung durch Köpfen vernichtet zwar den Sozialen, aber sie ist ein Akt der Vergeltung, durchaus geeignet, sadistische Gefühle in einer neuen Generation zu erwecken.

Nur ein proletarisches Gericht kann daher in dem Rechtsbewußtsein der Werttätigen gegen einen schweren Sozialen das höchste Maß des sozialen Schutzes verhängen, weil die proletarische Gesellschaft im Gegensatz zum bürgerlichen Staat ausreichende Massnahmen trifft, um allen Sozialgefährlichen zu helfen.

Peter Kürten's „grobe Dummheit“

Schluß der Beweisaufnahme in Düsseldorf

Im Prozeß gegen den Düsseldorf'schen Massenmörder wurde am Sonnabend die Beweisaufnahme über die zur

Anlage stehenden 19 Morde und Mordversuche abgeschlossen, und zwar wurden die letzten vier Mordfälle noch einmal eingehend durch Vernehmung von zahlreichen Zeugen behandelt.

Die Verlesung der Aussagen Frau Kürten's beanspruchte mehrere Stunden. Frau Kürten hat sich inzwischen von ihrem Mann scheiden lassen und hat ihren Geburtsnamen wieder angenommen. In sexueller Hinsicht, bekundet Frau Kürten, sei ihr Mann etwas anormal gewesen. Sie habe wiederholt beobachten müssen, daß er mit zahlreichen jungen Mädchen Umgang hatte. Erst auf dem Spaziergange im Hofgarten Ende 1929 habe ihr Kürten eingestanden, daß er als der Düsseldorf'sche Täter gesucht würde. Als ich ihn fragte, weshalb er keine unschuldige Kinder umgebracht habe, erwiderte er ruhig, „es wäre eben so über ihn gekommen“. Den Mord an der kleinen Ullermann habe er aber verneint. Den Mord an der kleinen Ohlinger und auch den Doppelmord in Fische gestand er mir ohne weiteres. Plötzlich aber habe er sein Geständnis abgedrochen und gesagt, es wäre doch besser gewesen, er hätte dies alles für sich behalten. Mit dieser Erzählung hätte er eine große Dummheit gemacht. Dann drohte er mir, daß, wenn ich nicht schweigen würde, er auch mich umbrächte.

Vergeblliche Jagd nach den Brenzlauer Mördern

Trotz eines Hefenaufgebotes von Landjägern und Kriminalbeamten ist es bis zur Stunde noch nicht gelungen, auch nur eine Spur von den geflüchteten Brenzlauer Strafgefangenen Patsch und Wilgram, die in der Nacht zum Freitag den Gefangenenträger Neubauer im Brenzlauer Gefängnis ermordet haben, zu entdecken.

Da man mit der Möglichkeit rechnet, daß sich die beiden nach Berlin gewandt haben, stehen sämtliche Berliner Bahnhöfe unter verstärkter Bewachung. Die Landjäger der Kreise Prenzlau und Templin haben den ganzen Sonnabend über die großen Waldungen dieser Gegend durchsucht. Sämtliche Chaussees und Brücken wurden abgeriegelt. Die Obduktion des ermordeten Aufsehers Neubauer hat ergeben, daß der Tod durch Erwürgen und Erdrosseln erfolgt ist.

Geier verurteilt Flugzeugabsturz

Vier Schwerverletzte

Wie aus Senares gemeldet wird, ist am Freitag in der Nähe von Gaha in Indien das Flugzeug eines rumänischen Prinzen, der sich auf einer Weltreise befindet, auf eigentümliche Weise zum Absturz gebracht worden.

Das Flugzeug war gerade im Begriff auf dem Flugplatz Samrauli zu landen, als ein Geier in den Propeller geriet. Die Maschine stürzte ab und prallte so heftig auf den Boden, daß der Benzintank explodierte. Im Nu stand das Flugzeug in Flammen. Alle vier Insassen wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus transportiert.

Schweres Bergwerksunglück in Ungarn

4 Bergarbeiter getötet — 3 Schwerverletzt

Nach einer Meldung aus Budapest ist in dem ungarischen Kohlenbergwerk von Biligantiban, angeblich aus bisher noch nicht bekannten Ursachen ein Kohlenschacht eingestürzt. Vier Bergarbeiter wurden auf der Stelle getötet, drei erlitten schwere Verletzungen.

Seine Frau nach der Trauung erstochen

Kurz nach der Trauung erstach in Subertushütte in Oberösterreich ein 21-jähriger Mann seine junge Frau in einem Anfall von Eifersucht, worauf er die Flucht ergriff. Die Frau wurde in sterbendem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert.

Quer durch Afrika mit der Eisenbahn

Am 2. Mai wird es möglich sein, ganz Afrika von Westen nach dem Osten im Eisenbahnzuge zu durchqueren. Die Strecke geht von Benguela nach Elizabethville in Südsüdafrika und von dort durch Rhodesien nach Beira in Portugiesisch-Ostafrika.

Gnadengesuch für Versicherungsmörder Teyner

Der Verteidiger des zum Tode verurteilten Versicherungsmörders Teyner hat nunmehr, nachdem er infolge des nach der Verhandlung von Teyner abgelegten Geständnisses seine beim Reichsgericht eingelegte Revision zurückgezogen hat, beim bayrischen Staatsministerium ein Gnadengesuch eingereicht.

Frauen in Not

Berichtet von Carl Crede

Copyright Albert Schulz Verlag, Berlin.

(6. Fortsetzung)

Mit einem Ruck erhob sich der Bauer, noch ein kurzes Kopfnicken, dann stapfte er langsam mit schweren Schritten hinaus.

Ein Gutes hatte dieser Vorfall aber doch. Als das nächstmal im Arztverein einige jüngere Herren sich in einer leichten Opposition gegen die bisher herrschenden Ansichten wandten, schwebte zunächst der alte Sanitätsrat. Man erwartete gerade von ihm starken Widerstand.

Aber zur allgemeinen Überraschung führte er in tiefbewegter Rede aus, daß ihn ein besonders trauriger Fall, den er ganz kürzlich erlebt habe, nachdenklich gemacht und dann zu einer vollständigen Umstellung seiner Ansichten gebracht habe.

Er fand wenig Widerstand, und man achtete ihn so hoch, daß in diesem Arztverein bestimmt der § 218 zu wanken begann. Und so sieht es allerorts aus, es kommt nur nicht aus dem Augurenkreis heraus. Wer weiß? Vielleicht ist die Stunde gar nicht so fern, in der die ganze deutsche Ärzteschaft erwacht, in der sie einsteht, wie sie sich durch die vom § 218 ihr ausgezungenen ... heit das wertvollste Gut des Arztes, das Vertrauen der Patienten, verschert hat. Doch diese Überwindung des § 218 wird nicht mit Hilfe aller Ärzte erfolgen. Der Gebantenumschwung in der Ärzteschaft wird erst allgemein werden, wenn wir, — die wir voraussehen und Bahn brechen, die Zwangsparagrafen schon längst beseitigt haben. Dann werden allerdings viele Beteuern:

Ich habe ja schon immer gesagt, Kollege Meher, wissen Sie noch, damals, wie wir uns im Wettiner Hof darüber unterhielten:

Der § 218 muß unbedingt entfernt werden!

Silbe Niedered
(Oberlyzeum, Obersekunda B.)
Drei Briefe

D., d. 28. 6. 29.

Liebe Mutter!

Wenn Du diese Zeilen erhältst, bin ich nicht mehr unter den Lebenden. Ich fühle, daß mein Ende nicht bevorsteht. Der Arzt läßt mich zwar und meint, ich läme durch, aber mir ist heute so eigenartig zumute, die Schmerzen haben ganz plötzlich nachgelassen. Ich fühle mich beinahe wohl, und doch, es ist mir, als ob meine Seele anfangen, sich vom Körper zu lösen ...

Es ist das Beste so. Nur nicht wieder diese wahnsinnigen Leidschmerzen der letzten Tage! Diese fürchterliche Glut, die mich beinahe verbrannte, dieser unfürsinnige Dr. ist, dieses Wühlen im Körper, diese Schüttelfröste, diese rasenden Kopfschmerzen. Glaube mir, Mutter, ich habe schwer für meinen Leichtsinns gebüßt. Nicht nur die letzten Tage waren so schwer, sondern schon die ganzen letzten Wochen und Monate. Bevor ich aber, geliebtes Mütterchen, weggehe von Dir, muß ich Dir noch einmal mein Herz ausschütten! Stelle Dir vor, ich kriech vor Dir und lege meinen Kopf in Deinen Schoß, als ob ich noch ein kleines Mädchen wäre, das sich schämt und der Mutter nicht ins Auge blicken kann. Wie kam alles? Du, liebe gute Mutter, hast ja gar nichts gemerkt, und sagen mochte ich es Dir nicht. Ich hatte Angst vor Deinen lieben Augen, die manchmal so streng blicken können. Ich war ja auch wie im Traum. Frag mich nicht, an wen ich meine Urschuld verloren habe. Du kennst ihn, Du hast ihn gern, er ist der Schlimmste noch nicht. Er hätte mich ja auch gern geheiratet, aber wir sind ja noch so jung und sein Vater ... doch was soll ich davon reden, nur wissen sollst Du, wie ich gebüßt habe. Als ich mich Mutter fühlte, durchfuhr mich Entsetzen. Du weißt, ich bin kein leichtsinniges Mädchen. Das weißt Du doch, Mutter! Nicht wahr? Ich kann noch denken und habe Verantwortungsgefühl! Mein erster Impuls war, zu Dir zu eilen, doch wenn Du dann so freundlich, zufrieden und glücklich vor mir ständest, dann schien mir jeder Tag Gewinn, der vorüberging, ohne daß Du teilnehmen müßtest an meinem Unglück. Immer hoffte ich ja noch auf eine Wendung!

Und dann gingen die widerwärtigen Wege an zu lichtscheuen Helfern. Mein bißchen Geld wurde ausgegeben, ohne Erlöse, bis ich am Ende meiner Kraft war und nicht anders konnte, als jenen Menschen aufzusuchen, der schon so vielen in unserer Stadt half, der auch mir helfen sollte gegen hohen Lohn. All mein Schmutz ist daraufgegangen. Verzeih mir, Mutter, und suche nicht mehr danach. Du weißt, wer mir half, wen ich meine, wir haben ja darüber einmal ausführlich gesprochen. Nun! — er hat mir geholfen ... Die Erniedrigung aber, die Qual, die ich durchmachte, als ich mich von diesen unheimlichen, unheimlichen Händen berühren lassen mußte, waren allein schon Berührung für meine Leichtsinns. Du weißt, daß dieser Mensch das nur um des Geldes willen tut, ohne Vorbildung; ohne irgendwelche Vorurteile wagt er die tollsten Sachen. Denkst Du noch an den verfluchten Tod meiner Mitschülerin Therese? Damals wurde ja alles rechtlich. Heute weiß ich: sie ist den selben Weg durch die Schuld desselben Mannes gegangen, den selben Weg, den auch ich jetzt gehen werde. Eine Dankeschuld an diesen Mann habe ich kaum abzutragen. Ich empfinde nur die Pflicht, ihn unendlich zu machen. Und doch mochte ich eigentlich alles verschweigen, ich war zu elend und krank. Aber gestern war der Herr Stadtpfarrer bei mir. Ich ließ ihn rufen. Dem habe ich alles gebeichtet. Er hat mir dann klargemacht, daß ich mich verdinge, wenn ich schwäge. Du mußt nun selber wissen, was Du zu tun hast. Verzeih, daß ich Kummer auf Dein Haupt häufe. Ich finde keine Worte mehr. Ich bin so schwach ... mir ist so sonderbar ... ich sehe Dich vor mir. Du beugst Dich über mich und gibst mir einen Kuß auf die Stirn ... o Gott! ... o Gott! ... Verzeih mir!

D., den 7. August 1929.

Die Staatsanwaltschaft hat unterbreitet ich folgendes:

Frau Niedered hat mich beauftragt, die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft auf das Treiben des Handelsgesellen Otto Lerner zu lenken. Die einzige Tochter der Frau Niedered, eine Schülerin der Obersekunda des hiesigen Lyzeums, ist gestern an den Folgen eines trinitellen Abortes in der Wohnung einer Zimmervermieterin Meisner, die mit dem Lerner unter einer Tede zu liegen scheint, nach kurzem, aber schmerzhaftem Leiden verstorben. Der Mutter hat sie angeschlossen, sie machte mit zwei Freundinnen eine Wanderung. Vor ihrem Tode hatte sie mich, der ich sie vor drei Jahren eingeweiht hatte, als Geschäftlichen rufen lassen. Ich habe ihr eindringlich klargemacht, daß es ihre Pflicht sei, die eigene Schuld dadurch zu lüthen, daß sie wenigstens andere junge Mädchen vor dem Unglück bewahre, dem sie selber zum Opfer gefallen ist. Die von mir sofort herbeigeholte Mutter kam leider zu spät, der Tod war eben eingetreten, sie konnte ihrer Tochter nur die Augen zudrücken. In den Händen der Entschlafenen fanden wir einen Brief, den ich in der Anlage beifüge, bei dessen Abfassung sie wohl vom Tode überrascht worden ist. Es scheint einwandfrei festzustellen, daß noch zwei andere junge Mädchen, beide Schülerinnen des Lyzeums, im Laufe der letzten zwei Jahre ebenfalls durch Manipulationen des Lerner gestorben sind. In beiden Fällen hat dieser es vorgezogen, sich Mitläufer eines alten wohl auch unehelichen Arztes zu

erschleichen, so daß die beiden jungen Mädchen als Brandstifterin und daran gestorben gemeint wurden. Es wird noch so langer Zeit schwer sein, den Lerner in diesen letztgenannten Fällen zu überführen, dagegen wird der Sektion des Fräulein Silbe Niedered nichts in den Weg gelegt. Die Mutter hat sogar abichtlich die Beerdigung verweigert, um der Behörde freie Hand zu geben.

Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir, auf folgendes hinzuweisen: es ist kein Zufall, daß drei junge Lyzeal Schülerinnen aus guter Familie in dieser Weise zugrunde gegangen sind. Der Leitung des Lyzeums unserer Stadt fällt sicher ein Teil der Schuld an diesen ungläublichen Vorfällen zu. Es ist mir bekannt, daß die heutige Jugend sehr freien Auffassungen fröhlich und Erziehungsmaßnahmen schwer zugänglich ist, als dies früher der Fall war. Neulich wurde in der Tagespresse eine erschütternde Statistik gebracht, aus der hervorging, daß ein unglaublich hoher Prozentsatz der Schülerinnen einer höheren Lehranstalt bereits desloriert und eine ganze Anzahl von ihnen geschlechtskrank waren. In unserer Stadt mag es besser sein. Immerhin kann man meiner Ansicht nach der hiesigen Schule den Vorwurf nicht ersparen, daß sie früher eine ganze Reihe von Vorlesungen veröffentlicht und versucht hat, anstatt energisch für die Sauberhaltung des Geistes in der Mädchenschule zu sorgen. Es ist eine Zumutung für viele Eltern gewesen, wenn mehrere junge Mädchen aus den besten Familien trotz einwandfrei nachgewiesener sexueller Verfehlungen von der Schule nicht entfernt worden sind, einfach weil man sich scheute, die einflußreichen Eltern bloßzustellen ... Man konnte beobachten, daß armer Leute Kinder wegen viel geringerer Verfehlungen in Fürsorgeerziehung kamen, während die vornehmen jungen Damen ihr Wesen weiter treiben konnten, obwohl den Armen manches als Entschuldigung angerechnet werden kann, was bei den Lyzeal Schülerinnen nicht der Fall ist. Ich empfinde das Lächeln von Verfehlungen, wenn es sich um reicher Leute Kinder handelt, als grobe Ungerechtigkeiten. Diese Mädchen haben dann ihr Treiben natürlich auch fortgesetzt, wohl etwas vorsichtiger, aber im Grunde noch dreister. Ihre Klassenoffnungen merkten bald, daß die Schule sich scheute, einzugreifen. Bald wurden die Sittenlosen heimlich bewundert und, von diesen unmoralischen jungen Mädchen ausgehend, begann ein moralischer Fäulnisprozess, der die ganze Schule verfeuchte ... Der Erziehungswille des Elternhauses war machtlos hiergegen ...

Die von mir erwähnten Schäden führen in direkter Folge zu den Verbrechen, die an den drei jungen Mädchen verübt worden sind. Die Staatsanwaltschaft dürfte ein großes Interesse daran haben, für die Zukunft derartige Verbrechen zu verhüten und meine Angaben zu prüfen. Der vorliegende traurige Fall dürfte die beste Grundlage dazu geben.

Seiner Hochwürden,

dem Herrn ersten Stadtpfarrer Hübener zu D. ...

Die Staatsanwaltschaft bestätigt Euer Hochwürden den Eingang der Anzeige. Die Voruntersuchung gegen den P. Lerner mußte insofern wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden. Wie Euer Hochwürden bereits andeuteten, konnte in den zwei und drei Jahre zurückliegenden Fällen nichts mehr ermittelt werden. Zum Fall Niedered gab der Handelsgeselle Lerner ganz offen zu, daß die Niedered ihn einmal des Alkohols aufgesucht und ihn gebeten habe, eine bestehende Schwangerschaft zu beseitigen. Er, der P. Lerner, habe dies entrüstet abgelehnt. Er bestreitet, ein Entgelt erhalten zu haben. Er leide direkt unter dem Gerücht, das in der Stadt kursiere, das ihn verächtliche, gemäßigtere Mitleidungen vorzunehmen. Auf den Vorhalt, daß die verstorbene Niedered in ihrem Briefe an ihre Mutter ihn, wenn auch ohne Namensnennung, denunziert habe, hatte er zu erwidern, daß mangels jeder Namensnennung ein Irrtum vorliegen müsse. Ein Zusammenhang zwischen jener Meisner, bei der die Niedered verstorben ist, und dem P. Lerner konnte nicht nachgewiesen werden. Die Meisner hat als Zeugin im Untersuchungsverfahren ausgesagt, daß sie mit dem P. Lerner in keiner Geschäftsbeziehung stehe und ihn wohl kenne, dies aber nur flüchtig. Der Geheimne Sanitätsrat Dr. Redelstrotz bekundete als sachverständiger Zeuge unter Eid, daß seiner Ansicht nach bei der in dem Briefe erwähnten Therese eine Bauchfellentzündung infolge einer nicht rechtzeitig ärztlich behandelten Blinddarmentzündung den Tod herbeigeführt habe. Für eine frauenärztliche Untersuchung habe keine Veranlassung vorgelegen. Eine Erythromyose der P. Therese Dimpel kam infolge ihres schon vor zweieinhalb Jahren erfolgten Abtreibens nicht mehr in Frage. Die Sektion der P. Niedered ergab eine Durchbohrung der Gebärmutter mit nachfolgender eitriger Bauchfellentzündung und Blutvergiftung. Von einem dritten Fall ist diesseits nichts bekannt geworden. Es kann zwanglos angenommen werden, daß die P. Niedered, die das Kind keinesfalls austragen wollte, was sich schon aus dem Schreiben an die Mutter ergibt, sich diese Verletzung selber beigebracht hat. Die Hausjüngung im Zimmer der Niedered im Elternhaus erbrachte den schlüssigen Beweis hierfür durch Auffindung einer in der Kommode liegenden Fahradspeiche, für deren drittes Vorhandensein sich sonst kein stichhaltiger Grund ergibt.

Die weiteren Ausführungen Euer Hochwürden werden sich zunächst an die sachliche Stelle. Die Staatsanwaltschaft hat keine Veranlassung, die Angelegenheit weiter zu geben oder weiter zu verfolgen. Es wird diesseits aber darauf hingewiesen, daß die Angaben Euer Hochwürden betreffend die Zustände in dem Lyzeum unserer Stadt als stark übertrieben angesehen werden. Jedenfalls liegt keine Veranlassung vor, irgendwie einzugreifen.

Die Staatsanwaltschaft.

(gez.) Müller.

Betrachtung:

So dürfen wir denn wohl alle hoffen, daß der Herr Handelsgeselle Lerner nach einer freiwilligen Arbeitspause von ein paar Jahren sein einträgliches Gewerbe wieder aufnehmen wird. Er wird allerdings so klug sein, den Schauplatz seiner dunklen Tätigkeit in irgendeine andere Stadt zu verlegen, am besten in eine größere. Die Staatsanwaltschaft wird auf ihre Vorbeugen und Fahradspeichen ruhig weiterzuschlafen. Frau Niedered wird jährlich das Grab ihres Liebsteins schmücken und auch sonst oft dort weilen und weinen, aber der § 218

wird ihr keine Kopfschmerzen machen. Doch er der eigentliche Täter ist, das wird sie nicht erkennen. So weit kann sie nicht denken — auch der sonst sehr vorwurfsfreie Herr erste Stadtpfarrer nicht, dessen liberale Gesinnung vor Verurteilungen halt macht. Beide werden deshalb brav und wieder auch das nächstmal bei der Wahl für irgend eine gutbürgerliche Partei stimmen, die sich für die Beibehaltung des § 218 einsetzt. Die arme kleine Silbe, die lustige, schwarzäugige Therese, die Hebe Loni sind tot. Die haben keine Stimmen mehr hier unten, sie können nur oben im Himmel bitten, daß mancher verfluchte Pirat auf Erden gereinigt und erleuchtet werden.

Wir dagegen sind wohl alle der Ansicht, daß der § 218 beseitigt werden muß. Ohne ihn würden Silbe, Therese und Loni und unzählige andere unglückliche junge Mädchen, ihre Schicksalsgefährtinnen, die diesen Lebensweg auch gegangen sind und noch gehen werden, noch unter uns sein und bleiben als gesunde fröhliche Gattinnen und Mütter.

Darum weg mit dem Paragrafen, werft das Schussel in die Volksschlucht!

Fräulein Anne Schulze

Sie starb nicht, sie verendete wie ein krankes Tier im Winkel

Fräulein Anne Schulze war ein ungemein qualitatives Mädchen. Ihr Vater besaß ein kleines gutgehendes Geschäft in der Provinz. Anne hatte eine vorzügliche Schulbildung genossen, sogar auf dem Lyzeum war sie gewesen. Dann ging sie auf eine Handelshochschule, und dort hatte sie sich in der kaufmännischen Buchführung ausgebildet. Danach trat sie in die Dienste eines großen Tiefbauunternehmers in einer Kleinstadt. Der Chef, wenig gebildet und im Kriege reich geworden, kränzlich und nicht mehr jung, ließ sie in seinem Betriebe rasch aufsteigen, und nach vier Jahren wurde sie schon Prokuristin.

Wenn man dieses Mädel kennenlernte, konnte man gar nicht ahnen, wie tüchtig sie in ihrem Berufe war; denn in ihrer Freizeit trat sie recht flott und elegant auf. Sie war hoch gewachsen und auffallend hübsch, beinahe schön zu nennen. Da sie viel verdiente, konnte sie sich sehr nett kleiden und fiel überall angenehm auf. Eine gewisse Sprödigkeit, vielleicht war es auch kluge Zurückhaltung und Bewußtheit des eigenen Wertes, hatte Anne bis zum 28. Jahre durchs Leben gehen lassen, ohne daß sie irgendein Liebesabenteuer erlebt hätte. Da lernte sie eines Tages einen älteren, distinguierten Junggesellen kennen, einen höheren Beamten im städtischen Dienst. Der langweilte sich fürchterlich in dem kleinen Nest und war froh, im Verkehr mit Anne eine Abwechslung zu finden. Mehr war es eigentlich nicht für ihn, obwohl das schöne Mädchen ihn auch sexuell reizte; aber er war ein fast empfindender und eigentümlich eingestellter Mensch, der fest entschlossen war, seine Junggesellenfreiheit keinesfalls zu opfern. Er pflichtete eben nur die Blumen am Wege, soweit dies ohne Gefahr für seine Freiheit möglich war. Anne dagegen verliebte sich in ihn. Vielleicht war es gerade seine kühle Ruhe, dann auch eine gewisse vornehme Abgefärbtheit seines Wesens, die allerdings nur äußerlich bestand —, dann seine gute Erscheinung, was Anne anzog.

Es kam, wie es kommen mußte, leider zu keiner Verlobung, sondern zu einem Verhältnis. Es muß festgestellt werden, daß die Beteiligten dabei sehr klug und klavoll vorgehen; sie wußten sogar in der kleinen kläglichsten Stadt ihre Beziehungen so zu verschleiern, daß niemand etwas Positives erfuhr.

Diese verbotenen Liebesfreunden konnten jedoch Anne nicht recht bestreiden, ihr weibliches Empfinden sagte ihr immer wieder, daß die Zuneigung des Mannes zu ihr nur oberflächlich war, während sie sich ihm in höchster Leidenschaft hingeeben hatte und immer wieder hingab. Es ist eben immer gefährlich, wenn temperamentvolle Menschen ihre Triebe zu sehr eindämmen. Das innerliche Feuer bricht dann plötzlich aus und verbrennt, anstatt zu wärmen.

Eines Tages sah der Herr Baurat, der von Anne geliebte Mann, im Klub der kleinen Stadt trübselig bei einer Flasche Wein. Ein Freund vermittelte ihm ins Geheiß: „Was hast du denn? Du bist ja herartig verstimmt seit ein paar Tagen, hast du Sorgen?“ „Ja, — allerdings, es ist mir lieb, daß du mich anredest; ich möchte mich gern mit jemand aussprechen.“

Und dann begann er zu erzählen. Er nannte ruhig Annes Namen, nachdem er vorher seinen Freund zur Verschwiegenheit verpflichtet hatte. Er lagte darüber, daß er nicht wieder loskommen könne von ihr, obwohl seine Gefühle erkalten seien, und daß manchmal der Zwang, mit ihr zusammen sein zu müssen, ihn jetzt förmlich quäle und ihn in einen Zustand nervöser Ueberreizung bringe, dem er gar nicht beikommen könne.

„Das Mädel tut mir dabei leid, sie treu ich immer so ungenügend auf jedes Zusammensein mit mir, und ich muß mich dagegen mühsam beherrsigen, um wenigstens äußerlich die Form zu wahren und die Liebenswürdigkeit zu spielen.“ — „Ich weiß schon,“ sagte er mit absehnender Handbewegung, als der Freund Annes machte, ihm zu unterbrechen, — „ich weiß, viele Männer würden mich beneiden um die Zuneigung dieses prachtvollen, geistigen Geschöpfes, das ein so warmes Herz hat und mich mit einer Leidenschaft liebt, die mir manchmal geradezu Angst macht.“ Der Freund meinte: „Herzog, dann brich doch mit ihr, wenn du dir nichts mehr aus ihr machst. Gerade Anne hat doch Stoff und einen guten feinen Fonds! Er wird den Bruch überwinden.“ „Das ist es ja gerade, was mich so reizend macht; das geht nicht mehr so leicht. Ich habe schon darauf gejogt, daß wir uns seltener trafen. Ich hatte unsere Gefühle gewissermaßen auf Eis gelegt und wollte ihr gerade in einem vernünftigen netten Briefe schreiben, warum unsere Wege sich trennen müßten, aber gerade jetzt, — es ist zu ärgerlich, es ist katastrophal!“ „Was denn?“ forschte der Freund. „Sie — nun, nachdem ich dir soviel erzählt habe, sollst du auch alles wissen, sie — eröffnete mir vor einigen Tagen, sie sei in anderen Umständen.“ „Dann weiter! Das ist peinlich!“ sagte der Freund, „ja, dann wird dir eben doch weiter nichts übrig bleiben, als sie zu heiraten! Das Mädel ist aus anständiger Familie, du hast sie als Jungfer bekommen, wenn ich nicht irre.“ — der Baurat nickte zustimmend —, „dann mußt du ihr die Ehre wiedergeben und das Kind legitimieren.“ „Aber doch nicht so einen Witz! Wie denkst du dir denn das? Willst du mir vielleicht zumuten, ich soll eine Ehe auf einer Lüge aufbauen? Ich liebe sie doch nicht, habe sie vielleicht nie geliebt! Da würden wir doch nur alle beide unglücklich werden, nein, das geht nicht.“ „Ja, aber das ist doch ein so tadelloses Mädchen, hast du sie denn gar nicht ein bißchen lieb?“ Der Baurat wird unwillig: „Bitte, verlohne mich doch mit solchen Sentimentalitäten, ich kann mich doch nicht ändern, ich bin nun mal so. Ich bin kein Freund von Emotionen und Gefühlen, darum bin ich auch nicht zum Ehestand geschaffen. Das macht wohl meine harte Jugend, wohl die Erbmasse. Mein Vater und mein Großvater waren genau so bedächtige, kühle Leute, die ihre Frauen reißlos unglücklich gemacht haben, wenn sie äußerlich auch immer tadellos dastanden. Es ist ganz gut, wenn sie verurteilte Menschen aussterben.“ „Ja, was willst du denn nun machen?“ „Ja,“ meint der Baurat, „die Sache muß eben beiläufig werden!“ Der Freund erschrickt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Fortsetzung befindet sich, wie wir unseren Lesern schon mitteilten, in der Nr. 71 der „N. Z.“ bzw. Nr. 71, 72 und 73 der „N. Z.“



Diese Liste muß in jedem Betriebe und in jedem Hause zirkulieren.

Waldenburger Bergland Glänzender roter Aufmarsch in Volkenhain

Nur eine Stunde Demonstrationszeit — Transparente mitführen nicht gestattet

Der Unterbezirk Volkenhain unserer Partei hatte gestern unsere Genossen des Unterbezirks zu einem roten Essen aufgerufen. Die Polizei wollte zunächst nicht so recht heran mit der Genehmigung. Sie mitterte Gefahr für die „Ordnung“, die bedroht werden könnte. Daß in Volkenhain die Schornsteine verschiedener Fabriken nicht mehr rauchen, und Hunderte von Proleten hungern müssen, das hält die Polizei auftragsgemäß durchaus in Ordnung. Wer dagegen rebelliert, weil das Staunen des hungernden Magens keine anheimelnde Musik ist, gegen den sind Scharhunde „härtere Waffen“ in Anwendung zu bringen. Deshalb wollte man die Demonstration zunächst nicht gestatten. Schließlich tat man es, aber unter

folgenden „Auflagen“: Es durfte nur eine Stunde demonstriert werden, einschließlich der Rede. Außerdem durfte der Redner keine die Gesetze oder die Religion verletzenden Ausführungen machen. Sprechstühle und Applaus war verboten, ebenso das Mitführen von Transparenten.

Trotz des strömenden Regens am Sonntagmorgen waren die Proleten des Unterbezirks zahlreich dem Rufe der Partei gefolgt, und so konnte sich zur festgesetzten Zeit ein Demonstrationszug mit weit über 400 Teilnehmern in Bewegung setzen. Unter Vorantragen der roten Fahnen und von zwei Schalmeienkapellen geführt, marschierte der Zug zum Ring. Dort hatte sich bereits eine große Masse von Arbeitern eingefunden. Der Ring war dicht besetzt, als Genosse Müller die Kundgebung eröffnete.

In einer wichtigen dreiviertelstündigen Rede setzte der Genosse Müller, Breslau, den Erscheinungen den Sinn der sogenannten Notverordnungen auseinander. In einer Reihe von Tatsachen zeigte er die Ohnmacht der Herrschenden auf, durch solche Maßnahmen den Kampf um Freiheit und Brot unterbinden zu wollen.

Weil die Notverordnung nicht imstande ist, die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu verhindern, weil man mit ihr den Hunger wohl vergrößern, aber nicht verbieten kann, wird die kommunistische Partei die hungernden Massen weiter um sich sammeln und den Kampf, allem Terror zum Trotz, so lange führen, bis diese kapitalistische Hunger-„Ordnung“ beseitigt sein wird. Schon während der Rede oft von Zustimmung unterbrochen, beendete unter stürmischem Beifall Genosse Müller seine Anlagerede.

Als dann noch Genosse Müller einige Worte sprach und dabei eine kritische Bemerkung an der Preußenregierung machte, drohte der überwachende Oberleutnant der Schube, die mit einem Auto voll von Waldenburg erschienen war, bereits mit der Auflösung. Mit einem begeißert aufgenommenen „Rot Front“ schloß Genosse Müller die eindrucksvoll verlaufene Kundgebung.

Bolkenhain

Trübe Zukunftsaussichten

Wie wenig berechtigt die insbesondere von der SPD. betriebenen Versprechungen auf eine Besserung des Arbeitsmarktes sind, tritt wie überall so auch hier sehr deutlich hervor. Obwohl noch 80 Prozent aller Bauarbeiter arbeitslos sind, steht noch nicht ein einziger Neubau in Aussicht. Die Steinbrüche liegen noch überall still, und durch die Stilllegung der Weberei ist das Elend weiter gesteigert worden.

Auch die Einstellung einiger weiblicher Textilproleten kann daran nur wenig ändern. Nach wie vor bleibt die Zukunft trostlos und macht es der Arbeiterchaft gebieterisch zur Pflicht, sich einzureihen in die rote Front des Klassenkampfes, um endlich aus diesem Elend herauszukommen.

Landeshut

Betriebsstilllegung der Spinnerei J. Kinkel

Wie berichtet wird, soll genannte Spinnerei in der zweiten Hälfte des nächsten Monats stillgelegt werden. (400 Beschäftigte.) Als Grund wird angegeben, daß Wollmangel infolge billigerer ausländischer Caras vorliegen soll. Es ist dies derselbe Schwindel, der bereits an anderen Orten und Bezirken getätigt, und dem von den amtlichen Stellen Glauben geschenkt wurde. Wer aber die Verhältnisse in diesen Betrieben in den letzten zwei Jahren verfolgt hat, wo eine ungeheure Ausbeutung der Arbeitskraft durch Bedienen von mehr Spindeln und Maschinen ohne geldliche Entschädigung eingetreten ist, kann über diese Unberechenbarkeit dieser Begründung der Firma nur lächeln. Heute wird im Feinmal bei halb dreimal so viel Spindeln als früher weniger verdient als vor dem. Wer da den Ueberdruß frißt, bleibt Geheimnis der geschäftstüchtigen Firma und ihrer noch tüchtigeren Bilanzmacher.

Arbeiter, Arbeiterinnen der Firma! Wehrt euch gegen diese nicht notwendige Stilllegung. Fordert von eurer Betriebsvertretung Einberufung einer Delegiertenversammlung, beschließt die von der KPD. zur Stilllegung einuberufende Versammlung.

Weißstein

Arbeiter-Samariter-Kolonie

Um Jettütern vorzubeugen, geben wir der Einwohnerschaft von Weißstein zur Kenntnis, daß das Krankenauto Eigentum der Gemeinde ist und der Arbeiter-Samariter-Kolonie zu Transporten zur Verfügung gestellt worden ist. Wir bitten daher die Einwohnerschaft von Weißstein, bei Bestellung des Krankenautos durch das Wohlfahrtsamt oder im Feuerwehrtdepot durch Telefon anzugeben, daß Arbeiter-Samariter als Begleitung gewünscht werden. Will der beauftragte Arzt den Transport vermitteln, so bitten wir, auch dem Arzt den Wunsch nach Samaritern zu äußern, damit auch wirklich die Arbeiter-Samariter bestellt werden. Bestellungen auf Transporte werden auch in jeder Unjameldestelle entgegengenommen. Die Arbeiter-Samariter-Kolonie hat auch eine zweite Ausgehelfe von Krankenpflegeartikeln bei Genossen Alfred Schönik, Salzbrunner Straße 52, eingerichtet. Die Krankenpflegeartikel werden wie bisher unentgeltlich ausgeliehen.

Schweidnitz

Schweres Motorradunglück

Ein Toter, ein Schwerverletzter

Zu der Nacht zum Sonntag ereignete sich zwischen Schara und Neumarkt ein schwerer Unfall. Der Landwirt Guban Seiger aus Kamitz fuhr mit seinem Motor-

rad, auf dem sich als Sozius der Bauunternehmer Wittner aus Stephanstorf befand, in hartem Tempo die Chaussee entlang. Im vollen Fahrt fliegen sie gegen ein vor ihnen fahrendes Lastauto, dessen Fahrer davon jedoch nichts merkte. Sie kamen zu Fall, wobei Seiger doppelten Schädelsbruch erlitt und sofort getötet wurde und Wittner eine Gehirnerschütterung davontrug. Wittner mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Die beiden wurden nachts kurz nach 12 Uhr von Breslauer Automobilisten auf der Chaussee aufgefunden. Die Breslauer veranlaßten auch den Transport. Nach der Angabe von Heugen soll das Motorrad in Schlangenlinien gefahren sein, so daß anzunehmen ist, daß der Fahrer stark angezuckelt war. Ueber den Vorgang des Unglücks liegt kein Augenzeugenbericht vor, da der Verletzte noch nicht vernunftfähig ist, und andere Personen nicht zugegen waren. Nach

Niederschlesien

Zahlen des Grauens und der Not!

Eine Familie mit 9 Kindern soll mit 52,20 Mark monatlich auskommen

22 Pfennig pro Tag und Kopf — Magistrat will diesen Betrag auf 17 Pf. kürzen

Polkwitz. Sogenannte Notverordnungen sind in bestimmten Situationen für die Bourgeoisie gewiß ganz nützliche „Geschenke“. Wenn hungernde Massen groß in die Straßen der Villenviertel marschieren und so das Gespenst des Hungers sich drohend auch vor die Paläste stellt, dann klingt es „angenehm beruhigend“, wenn eine Notverordnung diesen Schritt der Hungerbataillone vorübergehend aus dem engeren Bereich der Herrschenden bannet.

Aber diesen Notverordnungen fehlt eine Eigenschaft, um „Ruhe“ für die Bourgeoisie beständig zu machen. Sie können die Gesetze des Rechens nicht aufheben. Der Hunger aber, der Gespenster für die Geldsäcke schafft, ist letzten Endes ein einfaches Rechengemmel. Wenn im Haushalt der Erwerbslosen durch eine Notverordnung eine Zahlenänderung eintritt, die weniger Brot für die hungernden Kinder schafft, die Milch aus dem Haushalt bannet, vielleicht die ganze Familie auf die Straße setzt, dann kann auf die Dauer keine Notverordnung die Wirkung solcher Veränderung in Zahlen des Arbeiterhaushalts verhindern. Wir werden das durch ein Beispiel beweisen:

Ein Arbeiter mit 9 Kindern bezieht wöchentlich	17,55 Mark
Unterstützung	
4 x 17,55 Mark	70,20 Mark
Dazu vom Wohlfahrtsausschuß monatlich	15,00 Mark
	zusammen 85,20 Mark
ab Miete	18,00 Mark
bleibt Rest	67,20 Mark

Der Mann soll also 9 Kinder im Monat mit 67,20 Mark ernähren und kleiden. Auf den Kopf ergibt sich der Betrag von 6,72 Mark oder pro Tag 22 Pfennig. Wo ist die Notverordnung, die imstande wäre, an diesen 22 Pfennigen etwas zu ändern, ihr vielleicht mehr Kaufkraft „beizubringen“? Wohl versucht man das Gegenteil, wie

Mit Hilfe der SPD. auch Provinzialhungeretat

Die weitere Sitzung des Provinziallandtages

Nach der stürmischen aufgelagerten Sitzung vom Donnerstag wurde Freitag früh um 10 Uhr die Debatte über den Haushaltsplan fortgesetzt.

Für die Zentrumspartei sprach Rektor Eisner-Neurobe, welcher Jeremiaden darüber anstimmte, daß die Nazis dem Zentrum vormerken, nicht national genug zu sein.

Genosse Walzer-Waldenburg wandte sich gegen diesen Etat, welcher nicht, wie ein Abgeordneter erklärte, ein verschleierter Defizit-Etat sei, sondern ein Hungeretat. Auf einen provokatorischen Zwischenruf des Nazis Jense erteilte Genosse Walzer diesem unter begeisteter Zustimmung der Tribünenbesucher die gebührende Antwort. Weiterhin zeigte Genosse Walzer die Handlangerbeutle der SPD. an diesem Hungeretat auf. Gerade die SPD-Fraktion war es, welche in den Ausschüssen Abrechnungen im starken Maße an der Wohlfahrtspflege und dem Arbeitsprogramm vorschlug. Als Genosse Walzer erklärte, daß, wenn die SPD. tatsächlich einen Kampf geführt hätte, es dann nicht möglich gewesen wäre, daß v. Gögler solche aufreizende Redensarten hätte halten können, wurde ihm vom Präsidenten, SPD.-Bandmann, ein Ordnungsruß erteilt, so daß selbst die SPD-Fraktion gegen eine solche offene willkürliche Unterdrückung der Redefreiheit und Durchführung der faschistischen Diktatur im Parlament protestieren mußte. Unter Zustimmung der Tribüne erklärte Genosse Walzer, daß nur ein außerparlamentarischer Kampf diesen Hungeretat beseitigen wird.

Interessant waren noch die Ausführungen von Lehmann (SPD.), welcher erklärte, daß sie „als Arbeiter Holz darauf sind, ebenfalls etwas am Gemeinde- und Staatswohl helfen zu können.“ (!)

Nach verschiedenen Anträgen wurde dann der Hungeretat gegen die Stimmen der SPD. und eines Wirtschaftsparteilers angenommen. Aus demagogischen Gründen stimmten die Nazis ebenfalls dagegen.

Zur Entschädigung für das Dsthilfegesetz wurde nur eine Begründung seitens der SPD-Fraktion gegeben. Genosse Laube-Grünberg wies in seiner Rede darauf hin, daß das Dsthilfegesetz nichts für die große Masse der Arbeiter und kleinen Bauern bringe, dagegen aber alles für die Krantunter.

Die von der SPD-Fraktion eingebrachte Entschädigung wurde nicht zur Vorlage zugelassen.

Nach einer schlußwortreichen Rede Lüdemanns wurde dann der 10. Niederschlesische Provinziallandtag geschlossen.

Lage der Dinge muß jedoch angenommen werden, daß sich der Unfall in der oben wiedergegebenen Weise abgepielt hat. Das Motorrad lag, als es entdeckt wurde, mitten auf der Chaussee, und die beiden Personen saßen bzw. lagen noch auf der Maschine.

Die Mai-Nummer der „AZ.“

Diese großzügige Sondernummer der „AZ.“, die zum 1. Mai erscheint, ist auf 24 Seiten verstärkt. Aus dem reichen Inhalt nennen wir nur folgendes: Ein ganzseitiges Bild der Genossen Stalin und Molotow. Hermann Dunder schreibt einen reich illustrierten Artikel zur Geschichte des 1. Mai. Eine Seite zeigt uns die Mai-Demonstrationen 1930 in Tokio. Auf zwei weiteren Seiten werden alte Mai-gebäude und Maieste geschildert. Im Mittelpunkt der Nummer steht die Reportage: „1. Mai und sozialistischer Aufbau“, die das Thema „Zehn Jahre Elektrifizierung in der U.S.S.R.“ behandelt. Eine Kurzgeschichte, die ebenfalls dem 1. Mai gewidmet ist, Sportbilder und vieles andere ergänzen diese Sondernummer. Ueberall muß für Massenvertrieb der Mai-Nummer der „AZ.“ gesorgt werden. Kein Betrieb, keine Veranstaltung zum 1. Mai ohne die Mai-Nummer. — Die Verbreitung der Mai-Nummer der „AZ.“ ist die Aufgabe eines jeden Klassenbewußten Arbeiters — ist das doch mit einer Vorbereitung zum politischen Massenstreik am 1. Mai.

nachstehender Maß beweist, der dem betreffenden Arbeiter zugeht und den folgenden Wortlaut hat:

Der Magistrat. Polkwitz, den 10. März 1931.
Wie von dem Hausverwalter der „Heimstättenleitung“ hierher mitgeteilt wurde, sind Sie mit der Zahlung der Miete für Februar d. J. noch im Rückstand.
In Uebereinstimmung mit dem Wohlfahrtsausschuß hat der Magistrat in seiner Sitzung am 9. d. M. die Zahlung einer weiteren außerordentlichen Mietbeihilfe abgelehnt, und wollen Sie für pünktliche Zahlung der fälligen Miete Sorge tragen.
(unterzeichnet war)
Brandt.

Seine Einnahme soll von 67,20 Mark auf 52,20 Mark herabgesetzt werden. Also, der Magistrat als die Instanz, welche die Notverordnungen durchzuführen muß, bringt es fertig, dem Vater von 9 Kindern auch noch die 15 Mark abzuziehen, damit er die Kunst des Hungers bei 22 Pfennig pro Tag noch um 25 Prozent steigert und statt 22 Pfennig nur 17 Pfennig pro Tag ausgibt.

Ein weiterer Fall: Der ausgesteuerte Erwerbslose Hamaget bezieht eine Unterstützung von monatlich 25 Mark, nach Abzug der Miete bleiben ihm noch 15 Mark oder 20 Pfennig den Tag. Jeder Mensch mit gesundem Sinnen weiß, daß mit 20 Pfennig pro Tag oder gar mit 17 Pfennig niemand existieren kann.

Der letztere Fall ist allerdings für die Notverordnung, d. h. diejenigen, die sie erlassen, kein so großes „Problem“. Einen Strich wird er vielleicht geschenkt bekommen, und der amtliche Zählapparat für Menschen und Tiere wird in der nächsten Statistik einen Menschen weniger vermerken unter den Lebenden und einen mehr unter den sogenannten „Selbstmördern“.

Aber anders, sozuzagen „komplizierter“, ist es bei dem mit den 9 Kindern. Soll er sie alle aufhängen? Das ist doch ein Verbrechen, das mit dem Tode bestraft wird. Da müssen alle Notverordnungen versagen, und kein Terror, kein Belagerungszustand wird imstande sein, zu verhindern, das Gesetz in Wirksamkeit treten zu lassen, das solchen Zahlen genau so innemohnt wie jenen Zahlen über die Temperatur im Dampfkessel. Die Arbeiter wollen weder verhungern noch ihre Kinder umbringen. Sie wollen leben, und da die kapitalistische Gesellschaftsordnung sie nicht leben lassen will, müssen sie diese Gesellschaftsordnung beseitigen. Sie müssen, so wie der Marxismus es lehrt, den Kampf dagegen aufnehmen. Sie werden so durch diese „Ordnung“ selbst zu Totengräbern dieser „Ordnung“ zwangsläufig durch die im Kapitalismus wirkenden Kräfte. Gegen diese Kräfte gibt es keine Notverordnung. Sie sind darum auch das Unterpfand des Sieges der Arbeiterklasse im Kampfe für die kommunistische Weltordnung.

Über andere, sozuzagen „komplizierter“, ist es bei dem mit den 9 Kindern. Soll er sie alle aufhängen? Das ist doch ein Verbrechen, das mit dem Tode bestraft wird. Da müssen alle Notverordnungen versagen, und kein Terror, kein Belagerungszustand wird imstande sein, zu verhindern, das Gesetz in Wirksamkeit treten zu lassen, das solchen Zahlen genau so innemohnt wie jenen Zahlen über die Temperatur im Dampfkessel. Die Arbeiter wollen weder verhungern noch ihre Kinder umbringen. Sie wollen leben, und da die kapitalistische Gesellschaftsordnung sie nicht leben lassen will, müssen sie diese Gesellschaftsordnung beseitigen. Sie müssen, so wie der Marxismus es lehrt, den Kampf dagegen aufnehmen. Sie werden so durch diese „Ordnung“ selbst zu Totengräbern dieser „Ordnung“ zwangsläufig durch die im Kapitalismus wirkenden Kräfte. Gegen diese Kräfte gibt es keine Notverordnung. Sie sind darum auch das Unterpfand des Sieges der Arbeiterklasse im Kampfe für die kommunistische Weltordnung.

Mainummer des Tribunal

AUS DEM INHALT:

Festungsgefangener F.

Magnisse der Eingekerkerten!

Klara Zetkin

Die rote Hilfe in der Front vorwärts!

Wilhelm Pieck

Der 1. Mai im Lande der beherrschten Arbeit!

Lutwadt a. D. Schöninger

Gegen den Faschismus terror!

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Provinz und Polizei: Oskar Golewa, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Bretzner, Berlin. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Eblische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Nur Dienstag:
Seelachs 24,-
Kabeljau 24,-
Cotelets 48,-
Nordsee
Breslauer
Fischhallen
Bohrer Str. 2 — Schmiedbrücke 18 u. 59
Neue Schweidnitzer Straße 10
Anderssenstraße 2 — Gräbchenstr. 6

Portugal vor dem Umsturz?

London, 18. April. Der Sonderkorrespondent des Daily Telegraph in Oporto meldet aus Portugal, daß Portugal im Einklang einer Revolution entgegenstehe. In ganzen Lande wehten sich die Anzeichen dafür, daß die portugiesische Bevölkerung die Diktatur gründlich satt habe. Die Ereignisse in Madaira und auf den Azoren seien nur Vorboten für den großen Sturm, der sich schon erhoben habe.

Nach einer Funkmeldung aus Lissabon hat die portugiesische Regierung den ausländischen Truppen auf den Azoren ein Ultimatum gestellt, in dem sie aufgefordert werden, die revolutionäre Bewegung sofort einzustellen, andernfalls die regulären portugiesischen Truppen anzugreifen würden.

Im Laufe des Freitagmorgens überflogen mehrere portugiesische Flugzeuge die Azoren und warfen Rundgebungen ab, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, sich nicht der Aufstandsbewegung anzuschließen.

Der Kreuzer „Vasco da Gama“ ist am Freitag in Horta (Azoren) eingetroffen. Zusammen mit dem Kreuzer „Carvalho Araujo“ wird er gegen die Aufständischen der Insel Terceira vorgehen. Die Bewohner der Stadt Angra do Heroismo sind aufgefordert worden, die Stadt zu räumen.

Briands Gegenschlag gegen die Zollunion

Ein mitteleuropäischer Agrarblock?

Die französische Regierung holt zu einem ersten Gegenschlag gegen die deutsch-österreichische Zollunion aus. Briand hat einen Plan für einen mitteleuropäischen Agrarblock ausgearbeitet, der der Zollunion das Wasser abgraben soll. Dieser Plan soll bereits auf der bevorstehenden Völkerversammlung und auf der Europakonferenz Mitte Mai praktisch erörtert werden und der deutsch-österreichischen Zollunion die Grundlage entziehen.

Der Plan Briands, über dessen Inhalt noch keine konkreten Nachrichten vorliegen, wurde bereits den interessierten Ländern, d. h. den Getreideexportländern Rumänien, Südslawien, Polen, Ungarn, Bulgarien und den getreideeinführenden Industrieländern England und Italien, mitgeteilt.

In erster Linie handelt es sich bei dem Projekt des französischen Außenministeriums um die Verteilung des Getreideüberschusses der europäischen Getreideausfuhrländer. Ein Plan, wie dieser Ueberfluß von den Industrieländern ausgenommen werden könnte, ist ausgearbeitet worden. Ueber die Verteilung der Industrieerzeugnisse aller Art auf die Märkte Europas sind vom Quai d'Orsay ebenfalls Pläne, wenn auch noch unbestimmter Art, ausgearbeitet worden.

Es wird nicht verhehlt, daß der Hintergedanke dieses französischen Projektes die Verteilung der Durchführung der deutsch-österreichischen Zollunion ist. Indem man den Getreideausfuhrländern Osteuropas die Märkte für den Abfluß ihrer Getreideüberschüsse öffnet, hofft man, daß diese Länder keinerlei Interesse mehr haben, eventuell der deutsch-österreichischen Zollunion beizutreten.

Wichtiger aber als der ökonomische Inhalt ist der politische Hintergrund der Aktion Briands. Frankreich erblickt in der Zollunion eine Bedrohung seiner kontinentalen Machtstellung. Es benutzt nun die Gegenaktion gegen die Zollunion, um seine Positionen in Ost- und Mitteleuropa zu festigen und seine Hegemonie auf dem europäischen Festland fester zu verankern.

Der Kampf in Hinterindien

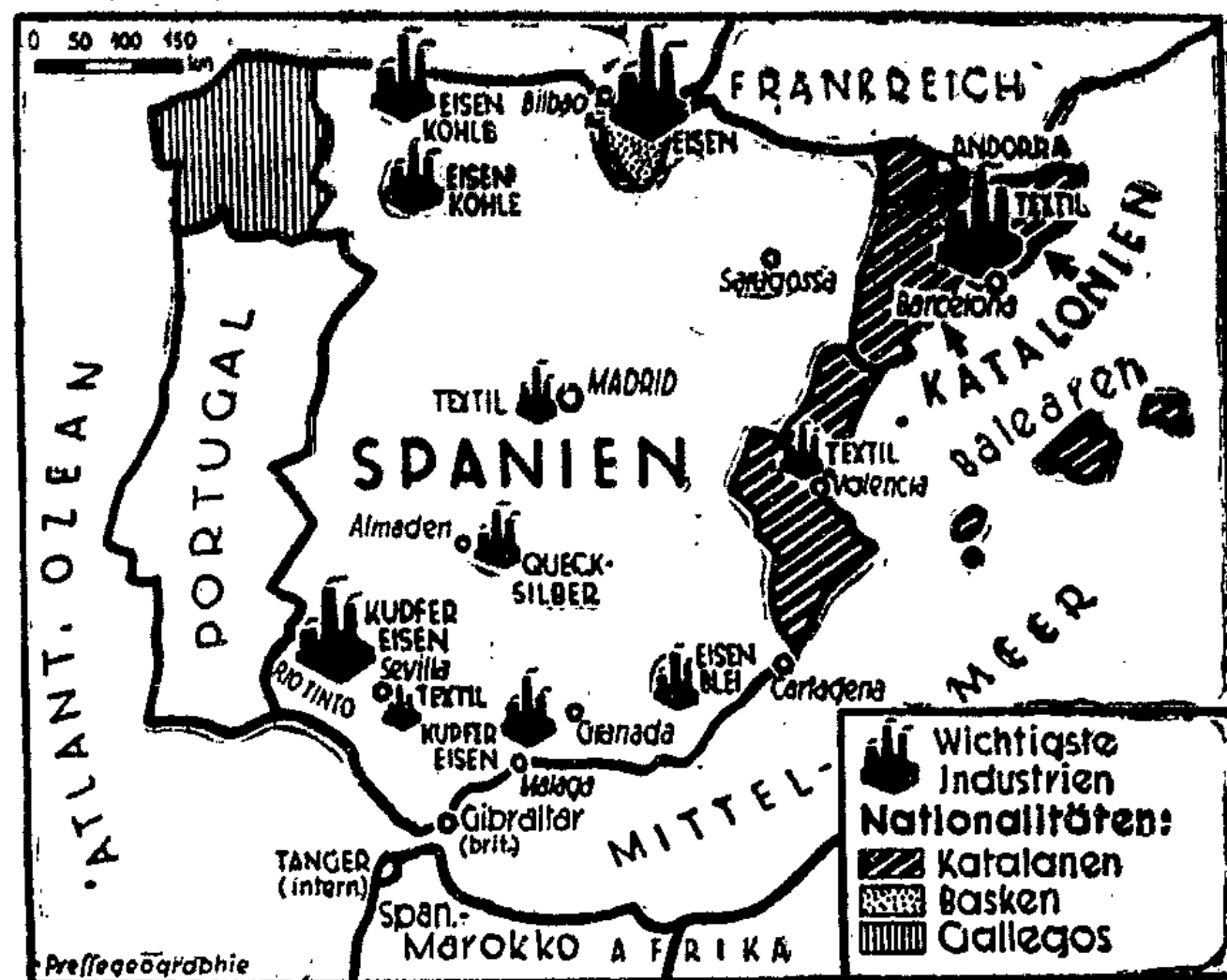
Ganze Bezirke im Aufstand

London, 18. April. Wie aus Rangun gemeldet wird, wurden im Verlaufe weiterer Unruhen in Kama (Burma) drei Polizeibeamte getötet. Im ganzen Bezirk Kama sind Unruhen ausgebrochen. Eine Anzahl Dorfkäpfe wurde von den Aufständischen getötet. Polizeitruppen und ein Bataillon Infanterie sind in das Aufstandsgebiet abgegangen.

Die industriellen Hauptzentren Spaniens

Die Wirtschaft und die Politik Spaniens (800 000 Quadratmeter, 22 Millionen Einwohner) stehen im Zeichen des Gegensatzes zwischen dem katalonischen Industriegebiet um Barcelona (Textilindustrie) und dem Baskischen Industriezentrum Bilbao (Eisen, Bergbau, Metallindustrie) einerseits und dem wirtschaftlich rückständigen, jedoch die politische Uebermacht besitzenden Mittelspanien (Kastilien) mit der Hauptstadt Madrid andererseits. Die Industriegebiete, welche von den unterdrückten Nationalitäten der Katalanen (zwei Millionen) und Basken (1 1/2 Millionen) bewohnt werden, stehen damit gleichzeitig in einem nationalen Gegensatz zum übrigen Spanien.

Die Opposition der Industrie- und Bourgeoisie gegen die von den feudalen Großgrundbesitzern und der mit diesen versippten Schwerindustrie unterstützte Diktatur wurde besonders von dem französischen Kapital unterstützt, da diesem die hohen spanischen Schutzzölle das Vordringen auf dem spanischen Markt erschwerten.



518 Industriegiganten - 1040 Traktorenstationen

Das sozialistische Bauprogramm für 1931 - Die Glanzleistungen des Kapitalismus in den Schatten gestellt

Das Moskauer Gewerkschaftsblatt „Trud“ teilt mit, daß in der Sowjetunion die Bauarbeiten einen glänzenden Anfang genommen hat. In diesem Jahre werden 518 Industriegiganten fertiggestellt und 1040 Maschinen-Traktorenstationen dem Betrieb übergeben werden. Es sind alle Maßnahmen getroffen worden, damit die notwendigen Arbeiterlöhner für die Großbauten rechtzeitig zur Verfügung stehen.

In Magnitostroi werden im zweiten Quartal 16 000 Arbeiter, im dritten Quartal 6000 Arbeiter benötigt, in Kolskoi 1800 und im dritten Quartal 1000 Arbeiter angefordert. In Kusnezskoi werden im April 3000, im Mai 2000, im Juni 1800 und im Juli 1000 Arbeiter eingestellt. Dazu kommen noch viele Ingenieure, Techniker, die für die Montage benötigt werden.

Der Großmaschinenbau Stankotrest stellt die Haupteinrichtungen für Transformatoren bis zum 1. Mai, die Naphtha-Anlagen bis zum 15. Juni fertig. Für die anderen Maschineneinrichtungen sind auch Termine gestellt, so daß die Fertigstellung schnell vorwärtss geht. In Dneprostroi haben die Montagearbeiten begonnen, alle Betonierungen sind beendet, die Werksanlagen werden schnellstens fertiggestellt. Im dritten Jahr des Fünfjahresplanes werden die wichtigsten und größten Industriegiganten beendet werden.

Fernheizung in Moskau

Die Initiative der Massen siegt über die Schädlinge
Moskau, 17. April. Der erste Betrieb einer Fernheizungsanlage in Moskau ist zu Ende geführt und der Stadtverwaltung übergeben worden. Die Hauptleitungsrohren

sind den beiden größten Moskauer Elektrowerken angeschlossen und beheizen alle der Fernheizung angeschlossenen Häuser, denen sie auch heißes Wasser liefern.

Bereits vor mehreren Jahren wurde ein Plan zur Fernheizung Moskaus ausgearbeitet, aber gegen dieses Programm der sozialistischen Umstellung der Energiewirtschaft Moskaus entfalteten die Schädlinge, mit dem bekannten Kamska an der Spitze, einen erbitterten Kampf. Wie im Prozeß gegen die Industriepartei dargestellt wurde, haben es die Schädlinge vermocht, die Errichtung der Fernheizung um mehrere Jahre hinauszuschieben, jedoch hat die Fernheizung dank der revolutionären Energie der Mitarbeiter der Kommunalverwaltung den ersten Sieg davongetragen.

Die Arbeiten an der Fernheizung Moskaus werden fortgesetzt und in der nächsten Zukunft soll eine Reihe weiterer Fernheizungsanlagen errichtet werden.

Massenentlassungen in Ost-Oberösterreich

Rattowitz, 18. April. Die Arbeiterentlassungen in den Gruben in Ostoberösterreich gehen weiter. Dem Demobilisierungskommissar liegen Anträge zur Entlassung von 900 Arbeitern auf der Paul-Grube und von 500 Arbeitern auf der Grube Hillebrand vor; auf den Gruben Donnerstern und Kallestern sollen weitere 1000 Arbeiter zur Entlassung kommen.

Die Bezüge der Beamten und Angestellten des oberösterreichischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, besonders der Königs- und Laurahütte, wurden am 1. April um 6 bis 10 Prozent gekürzt. Der Arbeitgeberverband hat eine Kürzung um 15 Prozent gefordert.

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright Walbert Schulz Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Straubenburger Str. 3.

26. Fortsetzung.

Kurze Zeit später gingen ihr die Haare, ihre schönen braunen Haare, auf die sie so stolz war, büschelweise aus, und es bildeten sich große kahle Stellen auf ihrem Kopf. Alle Friseurkünste halfen nichts. Der Gatte schleifte wieder prächtige Haarmittel heran, der Kopf wurde massiert, aber die kahlen Flecke blieben. Der armen Marie Luise, diesem kranken und hübschen Menschenkinde, wurde dies bald unerträglich. Sie war deshalb sofort dabei, als der Chemann ihr vorschlug, einen ihm befreundeten Arzt aufzusuchen.

Der war ihm so befreundet, daß er die junge Frau völlig im Unklaren darüber ließ, daß ihr der liebende Gatte als besonderes Hochzeitsgeschenk noch eine Infektion mit einer 100prozentigen „Syphilis“ in den Gliedmaßen verpaßt hatte. Er hätte auch nichts verschlagen, wenn er ihr die Diagnose: „Syphilis“ wirklich gesagt hätte. Denn Marie Luise war im Elternhaus künstlich dumm gehalten worden und verstand von allerlei Dingen so wenig wie die Kuh vom Rasieren. „Syphilis“ wäre ihr ein böhmisches Dorf gewesen!

Kengstlich wurde sie allerdings, als die Behandlung losging, und empört war sie, als eine nicht ganz geschickte ausgeführte intravenöse Salvarsaninjektion zu einer unangenehmen schmerzhaften Schwellung des behandelnden Armes führte. Sie klagte der Mutter weinend die Schmerzen, und diese erzählte es ihrem Manne.

Der war zwar ein regelrechter Dickhäuter, aber nebenbei auch ein Genießer und gelegentlichen Seitenprüngen vom Pfade der Tugend nicht ganz abhold. Darum war er sich sofort darüber klar, was hier los war. Auch er hatte einen befreundeten Arzt, der bezeichnete die ganze Sache als eine ganz große Schweineerei. Man forschte nach, woran die erste Frau des Stadtrates gestorben sei und stellte fest, daß diese auch Syphi-

litisch infiziert und wahrscheinlich, ganz genau stand es nicht fest, hiran gestorben sei. Das schlug dem Jag den Boden aus.

Man stellte den Herrn Stadtrat. Der konnte sich schlecht verteidigen, denn er mußte zugeben, ganz genau gewußt zu haben, wie es mit ihm stand. Der Einbruch, den seine Charakterlosigkeit auf alle Beteiligten machte, war so groß, daß man sogar die „Schande“ einer Ehescheidung auf sich nahm. Marie Luise kehrte ins Elternhaus zurück, und ein schneidiger Rechtsanwalt betrieb die Sache mit Hochdruck.

Schon als Mädchen war Marie Luise unregelmäßig menstruiert gewesen. Sie hatte deshalb kein besonderes Gewicht darauf gelegt, daß auch jetzt wieder die Regel zweimal ausgeblieben war. Einiges Erbrechen, das sie gleichzeitig hatte, erklärte sie sich mit den seelischen Aufregungen oder mit verdorbenem Magen. Als sie aber ersichtlich stärker wurde, begann in ihr doch leise aufzudämmern, daß etwas Besonderes mit ihr los sei. Infolge der schon erwähnten künstlichen Verblöschung war sie ein wirkliches Kind in allen Fragen des Geschlechtslebens. So wurde erst im vierten Monat bei ihr festgestellt, daß eine Schwangerschaft vorlag. Wäre sie nicht mit Salvarsan behandelt worden, so wäre es wahrscheinlich zu einem Abort infolge der Syphilis gekommen. So aber lag die Frucht fest im Mutterleibe und löste sich nicht ab. Das war eine entsetzliche Entdeckung.

Die Ärzte betonten, daß es sich im vorliegenden Falle des Herrn Stadtrat um eine ganz besonders gefährliche Form der Krankheit handelte, die wohl aller Voraussicht nach bis zu einem gewissen Grade auf das erwartete Kind übertragen werden würde. Fürchterliche Aussichten! Und trotzdem lehnten alle um Hilfe gebetenen Ärzte eine Unterbrechung der Schwangerschaft ab. Sie mußten dies tun, um sich nicht selber ins Gefängnis zu bringen. Lehnten doch gerade neuerdings maßgebende Kapazitäten eine Unterbrechung der Schwangerschaft wegen Syphilis ab.

Marie Luise wurde allmählich aufgeklärter, und es wollte ihr nicht in den Kopf, daß sie gezwungen sein sollte, ein Kind zu gebären, das man von vornherein als minderwertig betrachten mußte. Das Kind eines Mannes, dessen über Charakter schon durch die Tatsache, bewiesen war, daß er überhaupt geheiratet hatte. Marie Luise war aber zu schüchtern und ungewandt, sie besaß auch zu wenig Initiative, und so kam sie nicht zu dem Entschluß, die Schwangerschaft zu befeitigen.

Als sie im achten Monat war, wurde ihre Ehe geschieden. Programmäßig fehlte sie dann ein Kind in die Welt.

Je früher die elterliche Syphilis ist, desto größer ist die Gefahr der Vererbung, und desto früher sind die Formen der vererbten Syphilis. Das Kind sah scheußlich aus. Der ganze Körper war mit braunroten, kupferfarbenen Flecken bedeckt, dabei jähnte es entsetzlich. Bald erfolgten Blutungen in die inneren Organe. Das Kind hatte eine stark geschwollene Leber, und was das schlimmste war, im Laufe des zweiten Jahres stellte es sich heraus, daß das Kind vollständig schwerhörig, beinahe taub war. Gott sei Dank konnte man dem kleinen Wesen alle Hilfe gewähren, die die moderne Medizin kennt. An Geld wurde wirklich nicht gespart.

Die guten Eigenschaften Marie Luises entfalteten sich nun. Das arme kleine Wurm wurde von ihr zärtlich geliebt und betreut, und zehn Jahre, ihre besten Lebensjahre, opferte sie, um es großzuziehen. Das war wirklich keine leichte Aufgabe; denn alle paar Jahre wurde der Zustand des Kindes ohne nennenswerte Ursache so schlecht, daß man mit seinem Ableben rechnen mußte. So kämpfte die arme Mutter einen erbitterten Kampf mit dem Tode um ihr Kind. Dieser Kampf fand erst seinen Abschluß, als das arme Wesen im elften Jahre an einer Lungenentzündung zugrunde ging.

Die durch die Syphilis veränderte Lunge hatte sich nicht ordentlich wehren können, so daß das Kind an dieser zufällig hinzutretenden Entzündung starb, die so leicht war, daß jedes andere Kind spielend damit fertiggekommen wäre.

Marie Luise war zunächst untröstlich. Keiner konnte das begreifen, denn in den Augen aller anderen bedeutete dieser Tod eine Erlösung. Als sie sich dann nach Jahr und Tag beruhigt hatte, war sie still und in sich gekehrt geworden. Das Ansehen, sich wieder zu verheiraten, wies sie entrüstet ab. Sie hatte genug von ihrer ersten Ehe.

Der Moralist wird geneigt sein, den schweren Kummer, den Marie Luise erdulden mußte, als eine Strafe dafür zu betrachten, daß sie bei der Wahl ihres Gatten nicht vorsichtig genug gewesen war. Wer rein menschlich und auch praktisch empfindet, wird zu einer anderen Einstellung kommen. Man wird sich dem Gedanken nicht verschließen können, daß hier eine Unterbrechung der Schwangerschaft das einzig richtige gewesen wäre.

(Fortsetzung folgt.)

Unsere größten Sparten tagen

Die Reichspartentagungen der Rad- und Kraftfahrer, der Leichtathleten, Turner und Spieler die in Halle und Eisenach tagten, sprachen sich einmütig für die Schaffung eines einheitlichen roten Sportverbandes aus.

Die Tagung der Rad- und Kraftfahrer fand in Reibeburg bei Halle statt. Fast aus allen Gauen hatten die Motorradfahrer eine Sternfahrt nach Halle vorbereitet, über die wir schon berichteten.

Von der Demonstration ging es zurück zum Tagungslokal. Nach dem Referat des Genossen Grube über die sportpolitische Lage und die Aufgaben der Rad- und Kraftfahrer und anschließender Diskussion ist einmütig der vorgelegten Entschließung zugestimmt worden.

In dieser Entschließung ist besonders zum Ausdruck gebracht, daß die politische Situation mehr denn je erfordert, daß bei den Rad- und Kraftfahrern die konsequente Durchführung der sportpolitischen Linie der Kampfgenossenschaft allen anderen vorausgeht.

Die Vorbereitungen zum Bundestag von Eolt gilt es in engerer Verbindung mit den sportpolitischen Aufgaben, mit der Vorbereitung der Spartakiade der R.S.F. in Berlin zu bringen.

auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, unsere sportpolitische Linie durchsetzen, wird es uns gelingen, in den nächsten Wochen und Monaten Zehntausende von Rad- und Kraftfahrern für die rote Sportbewegung zu gewinnen.

Die eingehenden Telegramme und Briefe aus den einzelnen Ortsgruppen, die aus Finanzmangel nicht erscheinen konnten, und der revolutionäre Gruß der Festungsgelungenen von Gollnow, der auf der Konferenz einging, zeigten die breite Sympathie aller revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen mit der roten Sportbewegung.

Einmütig wurde folgender Antrag von der Tagung angenommen:

Für den Roten Arbeitersportverband

„Um den verheerendsten Angriffen der Bourgeoisie und ihrer Verbündeten in geschlossener Front begegnen zu können, und um den sozialfaschistischen Sportbürokraten bei ihrer Spaltungsbarbeit gegenüber den Arbeitersportlern einen festen Wall entgegenzusetzen zu können, fordert die Konferenz von dem im Juli stattfindenden Reichskongress der Kampfgenossenschaft die Gründung eines Roten Arbeitersportverbandes.“

In allen Gruppen und Vereinen muß jetzt zu diesem Beschluß Stellung genommen werden, damit bis zum Reichskongress alle Mitglieder ihrer Meinung Ausdruck gegeben haben.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität, Breslau

Abteilung Obdauer Tor: 21. April, Abteilungsabend bei Eichst, Klosterstraße 126. Abteilung Gräbchen: 24. April Abteilungsabend bei Plante, Hochstraße 7. Abteilung Nikolaitor: 21. April Abteilungsabend bei Malch, Westendstraße 87. Abteilung Oberdor: 20. April Abteilungsabend bei Wlejozel, Bartischstraße 6. Abteilung: Scheitnig: 27. April Abteilungsabend bei Wolff, Hebelstraße 15. Abteilung Dürrgoy: 21. April Abteilungsabend bei Hoffmann, Schönstraße 21. Jugendabteilung: Beim West: Jeden Montag Heimabend im städtischen Jugendheim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45. Beim Nord: Jeden Dienstag Heimabend in der Pestalozzischule, Michorlitzstraße 78/80. Motorradfahrerabteilung: Unter dem Vereinslokal ist jetzt Zentralballsaal, Welfenstraße 52. Abteilungsabend jeden dritten Donnerstag im Monat.

Wandersparte Fichte

Dienstag, den 21. April, im Heim Michaelstraße 36, spricht Genosse Gansdorf über Naturfreibewegung und andere Sportfragen. Alles wird eingeladen zu erscheinen.

Landesleitung der Roten Sportler

Mittwoch, 22. April, bei Kops, Mariannenstraße, alles pünktlich erscheinen.

Schachabteilung R.S.F. Janal-Nord. Jeden Dienstag bei Schibewan, Weihenburger Ecke Wörther Straße, Schachabend. Interessenten können sich noch einfinden.

Die österreichischen Arbeitersportler aktiv zur Spartakiade

Die österreichische Arbeitersportdelegation zur Spartakiade in Berlin soll sich wie folgt zusammensetzen: 10 Leichtathleten, 10 Schwimmer, 25 Turner, je eine Frauen- und Männer-Handballmannschaft, drei Fußballmannschaften, eine Jugendfußballmannschaft, 5 Radfahrer, 3 Motorradfahrer und 8 Schachspieler.

Sport vom Sonntag

Serienspiele bei den Roten Fußballern

Rot-Weiß Tabellenrekord

Langsam neigt sich die Serie ihrem Ende zu, und bereits gestern konnten einige Vereine ihr letztes Spiel austragen. Auch Rot-Weiß, das zum erstenmal startete, beendete sein Spiel mit einem Sieg, so daß es Tabellenrekord mit 16:2 wurde. Sein erster Tabellenplatz ist voll und verdient, war es doch Rot-Weiß, das mit wenigen Ausnahmen den immer zahlreich erschienenen Zuschauern harte, aber faire Spiele verführte. Die nachfolgenden Berichte ergeben den Spielverlauf der einzelnen Spiele.

Dynamo I gegen Solidarität I 2:1

Unter der Leitung von Oder (Janal) absolvierte auch Dynamo sein letztes Verbandsspiel. Das Spiel wird von Seiten Solidarität in der ersten halben Stunde flott durchgeführt, doch kann Solidarität durch Unentschiedenheit seines Sturmes nichts Zählbares erreichen. Dynamo macht sich aus der Unklammerung frei, doch kann es bis zur Halbzeit nur zwei Ecken verbuchen, so daß das Spiel 0:0 zur Pause steht. Nach dem Wechsel hat Dynamo etwas mehr vom Spiel, doch Solidaritäts Verteidigung hält stets zur rechten Zeit. Auf eine Vorlage von Waldhins fällt in der 10. Minute von Dynamos Linksaußen das erste Tor, während der Halblinke kurz darauf zum 2:0 einnetzt. Solidarität wird zum Schluß des Spieles etwas besser, und seinem vereinten Trängen gelingt es, das Resultat zu vermindern. Bis zum Schlußpfiff Ueberlegenheit von Seiten Solidarität, doch wird Zählbares nicht mehr erreicht, so daß das Spiel mit obigem Resultat abschließt.

Rot-Weiß I gegen Janal West I 3:2

Freitagskampf. — Mit dem Antritt von Janal West beginnt das Spiel, doch Rot-Weiß übernimmt sofort den Ball, und sein erster Vorstoß landet im Aus. Rot-Weiß drückt weiter, und man ist erstaunt, wie schlecht sich Janal West zusammenfindet. Rot-Weiß ist dauernd vor dem Tor des Gegners, doch der Torwart hält mit Ruhe und Sicherheit. In der 30. Minute endlich gelingt es dem Mittelstürmer von Rot-Weiß, am heraustragenden Torwart vorbei zum 1:0 einzunetzen. Mit diesem Resultat tritt Regenwetter ein, welches bis nach Halbzeit anhält. Nach Wiederantritt das gleiche Bild wie am Anfang des Spieles. Rot-Weiß drückt mächtig, und sein Mittelstürmer ist es wieder, der das Resultat in der sechsten Minute auf 2:0 erhöht. Einen vom Torwart kurz darauf abgewehrten Ball kann der Rechtsaußen von Rot-Weiß zum 3. Tor verbuchen. Nach diesem Resultat erwacht nun endlich Janal West, und seinen vereinten Bemühungen gelingt es, kurz darauf ein Tor aufzuholen. Eine Umstellung des Mittelstürmers zum Mittelstürmer bringt ihm in der 35. Minute das zweite Tor ein, so daß das Spiel wiederum vollkommen offen erscheint. Rot-Weiß versteht es, das Spiel bis zum Schluß in der Hand zu haben, und mit dem obigen Resultat endet das Spiel.

Pfeil I gegen Blau-Weiß Dels 2:2

Pfeil mußte nach Dels, um sein fälliges Verbandsspiel gegen obigen Gegner austragen. Die mit reichlichem Erfolg antretende Pfeil-Mannschaft errang hier ein Unentschieden und mit diesem den zweiten Tabellenplatz. Schiedsrichter Kronig (Fichte) piff zur Zufriedenheit.

Janal Schwarz-Weiß — Fichte 5:0

Auf dem Minerva-Platz stieg am Sonnabend obiges Gesellschaftsspiel. Eine ansehnliche Zuschauerzahl umsäumte den Platz, als der Schiedsrichter das Spiel anpiff. Schwarz-Weiß ist sofort im Angriff, und die mit vier Mann erjahrgeschwächte Fichte-Mannschaft kann sich überhaupt nicht finden. Bereits in der 8. Minute gelingt es dem Halblinken, das erste Tor zu buchen, und der Mittelstürmer erzielt bald darauf mit schönem Schrägschuß das 2:0. Schwarz-Weiß ist weiter im Vorteil, doch kann bis zur Halbzeit nichts Zählbares erreicht werden. Nach dieser ist die umgestellte Fichte-Mannschaft im Vorteil, doch die gute Hintermannschaft des Gegners beseitigt alle Gefahren. Außerdem kombiniert der Fichte-Sturm zuviel und möchte den Ball ins Netz tragen. Schwarz-Weiß übernimmt wieder die Führung des Spieles, und bald hat der Schußfreundige Sturm das 4:0 erzielt. Fichte wird wieder besser und erzwingt ein offenes Spiel. Kurz vor Schluß gelingt Schwarz-Weiß der 5. Treffer, und der Schlußpfiff des Schiedsrichters trennt die Gegner. Schwarz-Weiß zeigt bei ihrem Schuß gutes Können, und man muß auf das weitere Abschneiden gegen bessere Gegner gespannt sein.

2. Klasse

Solidarität II — Dynamo II 3:2

Rot-Weiß II — Fichte West II 5:0

Der Agitationsbezirk der roten Fußballer tagt am Montag das letzte Mal in Bartels Bierstuben, Lange Gasse 47. Sämtliche Funktionäre sowie Vereinsvertreter haben pünktlich um 20 Uhr zu erscheinen, da wegen des 1. Maiz die letzten Maßnahmen getroffen werden müssen. Der Pressebeamte teilt mit, daß sämtliche Resultate vom spielbauenden Verein bis 19 Uhr im Minerva-Kasino abzugeben sind.

Im Sturmschritt vorwärts!

Die erste Verbandsbezirkskonferenz Schlesiens des Kampfbundes gegen den Faschismus

Am Sonnabend fand die feierliche Eröffnung des Kongresses in einer wichtigen Massenkundgebung im Lunapark statt. In geschlossenen Reihen rückten die Kampfstaffeln der Breslauer Organisation an, stürmisch begrüßt von den revolutionären Arbeitern Breslaus und den auswärtigen Delegierten. Nach dem Einmarsch der Fahnendelegationen eröffnete der Genosse August Reimann die Konferenz. Er gedachte der Kampfgenossen, die der faschistischen Mordbestie zum Opfer fielen sowie der in den Gefängnissen und Zuchthäusern der deutschen Republik eingekerkerten Genossen. Er erklärte, daß sich der Kampfbund mit den glänzenden Erfolgen, die er in der kurzen Zeit seines Bestehens zu verzeichnen hat, nicht zufrieden geben könne, sondern daß sein Ziel dahin geht, zu der mächtigen antifaschistischen Massenorganisation zu werden, die die Millionenmassen des werktätigen Volkes im wehrhaften Sinne für den Massenkampf erzieht und mobilisiert. Nach diesen einleitenden Eröffnungsworten stimmten die Anwesenden begeistert das revolutionäre Kampflied: „Brüder, hebt die rote Fahne“ an. Sodann wurde das Präsidium des Kongresses gewählt sowie ein Ehrenpräsidium, bestehend aus den Genossen Stalin, Woroschilow, Thalmann, Hermann Kemmele, Vorsitzender des Kampfbundes gegen den Faschismus, sowie Scheringer als Vertreter der proletarisch-politischen Gelungenen in Gollnow.

Darauf begrüßte der Vertreter der Kommunistischen Partei, der Führer der schlesischen Kommunisten, der Genosse Wiedmeier, die Kampfbundskonferenz. Er betonte, daß auf diesen Kongress nicht nur Zehntausende bewußte Antifaschisten blicken, sondern daß auch der Wild Hunderttausender Werttätiger aller Volksschichten, die nach einem Ausweg suchen, auf uns gerichtet ist. In Schweidnitz tagt der Bezirksparteitag der Parzerkreuzerfaschisten ohne Massenwiderhall, ja sogar unter der Verachtung breiter werttätiger Schichten. Unser Kongress vertritt im Gegensatz zu der korruptierten und bankrotten Sozialdemokratie die Zukunft des werktätigen Volkes.

Er tagt unter der großen Losung der Volksrevolution gegen den schandwürdigen Kapitalismus und den mörderischen Faschismus, er vertritt die Freiheitswillen aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, er verkörpert den Kampfwillen all derer, die für Brot und Arbeit und für ein freies sozialistisches Sowjetdeutschland streiten.

Der Genosse Wiedmeier umriß klar und scharf die Aufgaben des Kongresses, der von großer politischer Bedeutung für die entschlossene und breite Formierung der Kampfstaffeln der Arbeiterklasse und des gesamten werttätigen Volkes gegen die Kapitalsofsensive, Faschismus und imperialistische Kriegesgefahr ist. Er brachte zum Ausdruck, daß überall, wo Arbeiter und werttätige Volksgenossen um Brot und Freiheit kämpfen, sei es gegen den Lohnraub, gegen die Steuer- ausplünderung, gegen den faschistischen Mordterror, der Kampfbund zur Stelle sein müsse, um die kämpfende Massenfront zu stärken und zu schütten. Unter der bolschewistischen Führung der kommunistischen Partei wird sich der Kampfbund im Sturmschritt zu der gewaltigen Schutzformation der revolutionären Volksfront gegen Faschismus und Massenausplünderung entwickeln.

Darauf ergriff der Genosse August Reimann, der Vorsitzende des Schlesienschen Kampfbundes, das Wort zum politischen Referat. In einer andertthalbhündigen Rede behandelte der Genosse Reimann die Probleme, die sowohl im Mittelpunkt des Kampfes der werttätigen Arbeiterklasse, wie der Tätigkeit des Kampfbundes stehen. Er kennzeichnete die tiefgehende Weltwirtschaftskrise, die insbesondere den deutschen Kapitalismus bis in die Grundfesten erschüttert. Die gegenwärtige Krise offenbart den völligen Bankrott des kapitalistischen Systems, das sich unfähig erweist, die eigenen Lohnslaven zu beschäftigen und zu ernähren. Die ausgebeuteten und gelnehteten Volksmassen empfinden ihre Lage als immer unerträglicher. Sie drängen nach einem Ausweg aus Krise und Not. Die jüngste Entwicklung in Deutschland

zeigt mit aller Deutlichkeit, mit welchen Mitteln die deutsche Bourgeoisie den inneren Zusammenbruch des Kapitalismus und den wachsenden revolutionären Massensturm aufhalten will. Sie untergräbt jedoch mit eigenen Händen durch fortgesetzten Lohnraub und wachsende Massenausraubung den Bestand der kapitalistischen „Ordnung“. Sie löst durch ihre faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen immer stärkeren Widerstand unter den Massen aus, sie legt durch die offene faschistische Diktatur den Massen nahe, für die eigene Diktatur, für die Herrschaft der Werttätigen zum Zwecke des sozialistischen Aufbaus zu kämpfen.

Die Massen sehen immer klarer in der Sowjetunion ihre Zukunft. Der sozialdemokratische und nationalsozialistische Volksbetrug, die schändliche Rolle, die gerade diese Massenparteien der Bourgeoisie als Träger und Volkstreuer der Young-Planverel und faschistischen Diktatur spielen, führte zur Rebellion und Umwandlung bereits Hunderttausender werttätiger Anhänger dieser Organisationen in das Lager des Kommunismus. Der kommunistischen Partei und den mit ihr verbundenen sympathisierenden Massenorganisationen wendet sich die wachsende Sympathie des werttätigen Volkes zu. Die Bourgeoisie rüftet zur bewaffneten Niederschlagung der hungernden und kampftätigen Volksmassen. Der faschistische Mordterror ist das letzte Argument der zum Untergang verurteilten kapitalistischen Klasse. Die Geschichte der russischen Revolution zeigt uns jedoch, daß die gewalttätigen Versuche zur Ausrechterhaltung der bankrotten kapitalistischen Klassenherrschaft scheitern an dem wachsenden revolutionären Kampfwillen, an der gewaltig anschwellenden und unbegrenzten Kampffront der werttätigen Massen, die sich unter der zielbewußten und fähigen Führung der kommunistischen Partei die soziale und nationale Befreiung erkämpfen. Der Genosse Reimann kennzeichnete das faschistische Betrugsmanöver des Stahlhelmvolksbegehrens sowie den Reichsstaßhelmaufmarsch Ende Mai, der nach den eigenen Worten der Stahlhelmführer eine Vorübung sein soll für den Bürgerkrieg im eigenen Lande und für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion. Er stellte in den Mittelpunkt der Aufgaben die Schaffung einer wehrhaften organisierten Massenfront zur erfolgreichen Durchführung der Kampfaktionen, der Massenstreiks und Demonstrationen gegen den Lohnraub und Faschismus.

Die revolutionäre Einheitsfront muß zum 1. Mai wie für alle weiteren Aktionen unter Einfluß auch der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter festler und breiter geschlossen werden.

Dazu ist es notwendig, daß der Kampfbund die ihm noch anhaftenden Mängel rasch überwindet und in seine Kampfstaffeln innerhalb kurzer Frist Tausende neue Kämpfer einreißt. Die Eröffnungskundgebung fand ihren Abschluß durch eine gleichfalls mit Beifall aufgenommene Begrüßungsrede der Genossin Hanna Ludwig, die als Vertreterin der Reichsleitung zur Konferenz erschienen war. Sie berichtete über das rasche Wachstum des Kampfbundes im ganzen Reich, über seine Rolle, die er insbesondere in den verflochtenen Streik- kämpfen gegen den Lohnraub sowie in der offensiven Gegenwehr gegen den faschistischen Terror spielte. Die erfolgreiche Führung sowohl der Tageskämpfe wie der kommenden entscheidenden Auseinandersetzungen hängt mit davon ab, inwieweit es auch dem Kampfbund gelingt, die gewaltigen Reserven des Befreiungskampfes des Proletariats, die werttätigen Frauen und die proletarische Jugend für den wehrhaften Massenkampf auszusüßeln.

Ueber die Beratungen, die am anderen Tage im Anschluß an ein Referat des Genossen Meyer, der über die konkreten Aufgaben des Kampfbundes sowie über die Ergebnisse der bisherigen Arbeit sprach, gepflogen wurden, über die Ergebnisse und Beschlüsse des Kongresses werden wir noch ausführlich berichten.